

Nummer 3-4/2009 - 25. Jahrgang

# NATURSCHUTZBLATT

Mitteilungen zum Natur- und Umweltschutz in Südtirol



Herausgegeben vom  
Dachverband für Natur-  
und Umweltschutz

149.262  
mal  
DANKEN

**TITEL 3** Die erste Südtiroler Volksabstimmung: Wir ziehen Resümee und zeigen, wie erfolgreich die Abstimmung gegen die weitere sinnlose Subventionierung des Bozner Flugplatzes war, auch wenn die Abstimmung selbst formal äußerst knapp am Quorum gescheitert ist.

- 6 Mobilitätskonzept Burggrafenamt
- 12 Bahnverbindung Vinschgau-Engadin
- 14 Klärschlammverbrennung
- 19 Wassernutzung in Südtirol
- 22 Postkartenaktion Seiser Alm
- 24 Energietagung Vinschgau
- 25 Stau im Überetsch
- 24 20 Jahre Umweltgruppe Ulten
- 26 Fotowettbewerb „Energieverschwendung“
- 27 Mobilfunk Leifers
- 30 Zugang zu Informationen
- 31 Vermischtes - Termine

**IN EIGENER SACHE**

Den aufmerksamen LeserInnen ist es bereits aufgefallen, diese Ausgabe des Naturschutzblattes trägt die Nummer 3-4/2009. Wir haben uns aus finanziellen Gründen entschieden, auf eine eigene Herbstaussgabe des Naturschutzblattes zu verzichten, um jedem Südtiroler Haushalt das Abstimmungsheft (in einer Auflage von 190.000) zukommen zu lassen. Somit hat auch jedes Mitglied des Dachverbandes ein solches Abstimmungsheft als inoffizielle Nummer 3 des Naturschutzblattes erhalten. Wie die Ausgabe nun auch immer nummeriert sein mag, wir wünschen interessante Lektüre!



Wir danken der Autonomen Provinz Bozen, Abteilung Natur und Landschaft, für die freundliche Unterstützung! [www.provinz.bz.it/natur](http://www.provinz.bz.it/natur)

AUTONOME PROVINZ  
BOZEN - SÜDTIROL



PROVINCIA AUTONOMA  
DI BOLZANO - ALTO ADIGE

**KARIKATUR** von Bruno Rubner



Schreckgespenst der Politiker

EDITORIAL

Spieglein, Spieglein  
an der Wand ...



Der 25. Oktober 2009 ist Geschichte, die Volksabstimmung abgehalten, der Ausgang bekannt. Wenn auch nur um Haaresbreite, so wurde das festgesetzte Beteiligungsquorum von 40% doch verfehlt, die Abstimmung damit für ungültig erklärt, der von Volkes Seite eingebrachte Gesetzesvorschlag versenkt. Eine Niederlage auf ganzer Linie also?

Mitnichten!!! Das Ergebnis der Volksabstimmung über die Zukunft der öffentlichen Finanzierung des Flugplatzes Bozen ist eine absolute Erfolgsgeschichte. Betrachtet man die absoluten Zahlen der Abstimmung, dann wird erst klar, wie gewichtig der Auftrag an die Politiker ist, den die Südtiroler Bevölkerung ihnen in Sachen Flugplatz erteilt haben. Allein die Tatsache, dass beinahe 114.000 Wähler die Landesregierung angewiesen haben, jegliche (!) Finanzierung durch die öffentliche Hand einzustellen, ist beeindruckend. Auf einen solchen Rückhalt kann selbst der Landeshauptmann bei seinem Allzeithoch von 110.000 Vorzugsstimmen bei der Landtagswahl 2003 nicht verweisen und dies bei einer mehr als doppelt so hohen Wahlbeteiligung. Nicht minder eindrucksvoll sind viele andere Ergebnisse und Vergleiche auf Landes-, Bezirks-, und Gemeindeebene. Gemeinsam haben wir einen Meilenstein in Sachen Mitbestimmung erreicht, darauf gilt es aufzubauen und dahingehend werden wir unsere Volksvertreter auch immer wieder an das Votum der Volksabstimmung erinnern, sollten sie es allzu leicht vergessen oder vorschnell abwerten wollen.

Willkommener Anlass dazu war für einige sicherlich die Volksabstimmung in der Schweiz. Aber Achtung, bei aller kontrovers geführter Debatte um das Schweizer Votum sollte doch nicht vergessen werden, dass das Instrument unabhängig von Inhalt und Ausgang ist. Eine Volksabstimmung wirkt nur als Spiegel der Gesellschaft. Das zu Tage getretene Unbehagen in der Schweizer Bevölkerung wurde nicht durch die Volksabstimmung beeinflusst und schon gar nicht gefördert. Daher ist weniger die Volksabstimmung als solche in Frage zu stellen, sondern eher zu klären, ob direkt-demokratische Ansätze nicht dazu beitragen können, Politik wieder näher an die BürgerInnen und ihre Probleme zu rücken, anstatt ihnen mit Sonntagsreden von einer heilen Welt auch noch den letzten Rest an Vertrauen in die gewählten Vertreter zu vergrämen.

In diesem Sinne auf ein möglichst beteiligungsfreundliches 2010!

ANDREAS RIEDL

# Volksabstimmung 2009



**Was war beabsichtigt?**

Der Dachverband für Natur- und Umweltschutz unterstützte die Initiative für mehr Demokratie von Anfang an, weil wir der Meinung sind, dass viele schwierige Zukunftsprobleme ohne direkte Beteiligung der Bevölkerung kaum zu lösen sind. Wir denken dabei global, z.B. an eine solidarische Gleichberechtigung der Energienutzung, an die Bewältigung der Klimaproblematik, an die Überwindung der Armut und viele andere echte Weltprobleme, die von wenigen Völkern auf dem Rücken vieler anderer verursacht werden.

Wir industrialisierten Völker wirtschaften so, als ob wir alleine auf der Welt wären.

Konkret für uns in Südtirol: Wir leisten uns ein Fahrzeugsicherheitszentrum, wir leisten uns einen Provinzflugplatz, wir haben noch immer nicht genug Schipisten und Schilifte, nur um einige sofort ins Auge springende lokale Sünden aufzuzählen.

Weil wir überzeugt sind, dass die Bevölkerung mehr Verständnis für den Schutz der Umwelt und der Natur aufbringt als die gewählten Politiker, setzen wir auf die konkrete Mitbestimmung durch direktdemokratische Mittel.

Wir haben uns mit vollem Einsatz für das bessere Gesetz zur Direkten De-

*„Die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen ist aus wirtschaftlichen Gründen unverzichtbar. Ein Überleben der Menschheit können wir uns im Interesse des Wirtschaftswachstums nicht leisten.“* Autor unbekannt

mokratie eingesetzt und gleichzeitig mit 68 weiteren Promotoren einen Gesetzesvorschlag zur Abstimmung gebracht, mit dem wir dem Provinzflugplatz Bozen die öffentlichen Subventionen entziehen wollten. Ein wirklich nur kleiner Schritt zur Vernunft war also angesagt, der aber die wenigen Flugplatznutzer arg verschreckte.

Wie wir globale Probleme morgen lösen, sollte uns alle beschäftigen.

**Verpaste Chance der Machtpolitik**

Der Landeshauptmann war am Tag nach der Abstimmung erleichtert und zufrieden, dass die erste Volksabstimmung in Südtirol gescheitert ist.

Der Landeshauptmann und andere Mächtige haben wirklich alles unternommen, um uns Bürgern kein Mitspracherecht einräumen zu müssen. Wir sehen in diesem Verhalten eine Niederlage der Machtpolitik.

Wir jedenfalls danken unseren vielen Mitstreitern und Unterstützern herzlich,

ebenso natürlich allen 149.262 Bürgerinnen und Bürgern, die an der Volksabstimmung teilgenommen haben.

Wir können zusammen stolz und zufrieden sein, weil wir mit 38,2% Beteiligung die zu hohe, willkürlich festgesetzte Hürde von 40% fast erreicht haben. Der moralische Sieg gehört uns!

Trotz unfairer und undemokratischer Einflussnahme der Landesregierung und parteiischem Verhalten der Medien *Dolomiten* und *Alto Adige* haben wir ein Ergebnis erzielt, das in Zukunft nicht übergangen werden kann. Wir haben mit großem Nachdruck gezeigt, dass wir mitdenken und mitentscheiden wollen.

**Warum wurde das 40%-Quorum nicht erreicht?**

Die Antwort ist einfach. Weil die Landesregierung eine Woche vor der Abstimmung über eine Umfrage erkannt hat, dass das Beteiligungsquorum von 40% bereits erheblich überschritten wurde. Weil mit allen Mitteln verhindert werden musste, dass das Volk mit-

mischt, wurde eine üble Hauruck-Strategie ausgedacht:

- 3 Tage vor der Abstimmung wurde unter Regie des Landeshauptmannes die gesamte Landesregierung in einer Pressekonferenz (in der Form war das eine Premiere!) verdonnert, die Bevölkerung einzuschüchtern. Chaos und Katastrophen wurde vorausgesagt und der Landeshauptmann behauptete, am Montag nach der Volksabstimmung nicht mehr regieren zu können.
- 3 Tage vor der Abstimmung erschien ein böser Artikel im *Alto Adige* von Reinhold Messner, in dem er unsere italienischen Mitbürger zur Nichtteilnahme aufforderte; mit dem Hinweis, dass sie sonst von der deutschen Rechten überrollt werden würden. Eine üblere Brunnenvergiftung hätte er sich nicht ausdenken können, aber wahrscheinlich hat er nicht alleine diese perfide Strategie ausgeheckt.
- 2 Tage vor der Abstimmung gab es eine Pressekonferenz der SVP, in der das Chaos weitergezeichnet wurde.
- Die letzten 2 Tage vor der Abstimmung haben dann noch 2 italienische Journalisten im *Alto Adige* mit unqualifizierten Aussagen zur Direkten Demokratie die Untergangsstimmung wach gehalten.

Trotz dieser massiven Einflussnahme der Landesregierung nahmen dann am 25.10.2009:

- 45,0 % der deutschsprachigen Bevölkerung und
- 14,3 % der italienischsprachigen Bevölkerung an der Volksabstimmung teil.

Das demokratisch bedenkliche Verhalten der Landesregierung, die verwalten und nicht Gesetze verhindern sollte, hat nun ein hausgemachtes Problem. Der Dank unseres Landeshauptmannes an die italienischsprachige Bevölkerung, dass sie am Nichterfolg der Volksabstimmung maßgeblich mitgewirkt haben, kann nicht als Sternstunde unseres Zusammenlebens gewertet werden.

### Direkte Demokratie lässt sich auf Dauer nicht verhindern!

Ein eindeutiges Ergebnis wurde durch die Aufforderung zur Nichtteilnahme verhindert. Aber die Landesregierung weiß, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Flugplatz ist und

dass sie undemokratisch gegen den Willen der Mehrheit jedes Jahr jede Menge Geld in den Flugplatz steckt.

Wir werden weiterhin mahnen, dass wir uns von unserem Wirtschaftsmodell des dauernden Wachstums trennen müssen. Der Rückbau des Flugplatzes wird ein Indikator sein, ob wir dazu bereit sind und die drohende Klimakatastrophe verstanden haben.

Weil wir der Meinung sind, dass wir mit direktdemokratischen Mitteln die notwendigen Änderungen eher erreichen, werden wir uns natürlich weiterhin für die direkte Demokratie einsetzen.

Das Quorum von 40% muss weg, damit bei der nächsten Volksabstimmung von Anfang an die Information ernsthaft betrieben wird und niemand den Schlaun spielen kann. Eine weitere Forderung wird sein, dass wir auch wichtige Entscheidungen in der Landesregierung (z.B. Brennerbasistunnel oder Schipistenplan) ablehnen können, wenn sie nicht unseren Vorstellungen entsprechen.

Wir arbeiten gerne mit allen im

Landtag vertretenen Parteien an einem gemeinsamen Tisch an einem neuen, zufriedenstellenden Gesetzestext zur direkten Demokratie mit. Wenn der Wille zu einer bürgernahen Lösung aber nicht sichtbar wird, werden wir den begonnenen direktdemokratischen Weg mit Ausdauer so lange fortsetzen, bis wir uns das uns zustehende Mitspracherecht erkämpft haben.

ROMAN ZANON



Neben vielen organisatorischen und koordinierenden Aufgaben warben die Vertreter des Dachverbandes auch vor Ort um jede Stimme.

### Beteiligung in den Bezirken:



Bezirke	Stimmabgaben
Bozen	19.456 (25,00 %)
Burggrafenamt	28.819 (37,90 %)
Eisacktal	16.364 (43,20 %)
Pustertal	26.567 (42,70 %)
Salten-Schlern	15.959 (43,10 %)
Südt. Unterland	21.563 (39,80 %)
Vinschgau	13.859 (46,00 %)
Wipptal	6.675 (44,30 %)

Entgegen den Behauptungen, dass das Thema rund um die Finanzierung des Bozner Flugplatzes die Vinschger oder Pusterer nicht interessieren würde, sieht man sehr deutlich, dass dieses Thema auch in den peripheren Bezirken sehr brisant war. Die Beteiligung in den Bezirken Burggrafenamt, Bozen Stadt und Unterland litt in erster Linie unter dem auffallend schwachen Interesse in den Städten.

### Zustimmung in den Gemeinden:



Gemeinden	Zustimmung
001 Rodeneck	90,33 %
002 Pfatten	90,22 %
003 Tramin	90,03 %
004 Kurtatsch	89,37 %
005 Kurtinig	89,13 %
...	...
112 Meran	74,31 %
113 Abtei	74,19 %
114 Corvara	72,89 %
115 Proveis	72,37 %
116 Schnals	66,1 %

Überwältigende Zustimmung in den Gemeinden. In allen Südtiroler Gemeinden stimmten die WählerInnen mit großer Mehrheit für den eingereichten Gesetzesentwurf, wobei nur in einer Gemeinde die 2/3-Mehrheit um Haarsbreite verfehlt wurde. In 109 von 116 Gemeinden stimmten mindestens 3/4 für den Entwurf. Dieses Zeichen ist an Klarheit kaum zu überbieten!

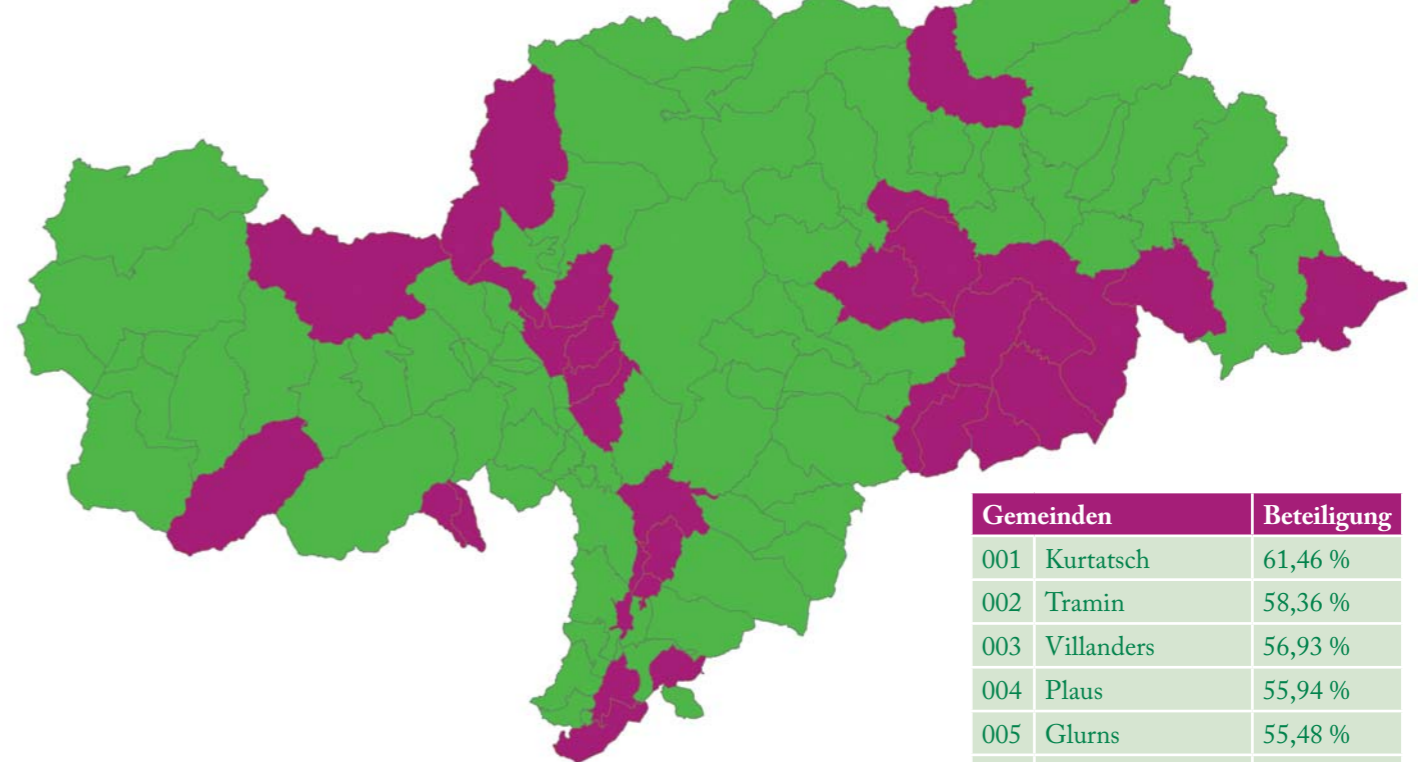


Das Ungleichgewicht der Information verdeutlicht diese Waage bei einer Pressekonferenz vor dem Landhaus 1.



Einer der vielen Info-Stände im ganzen Land. Information tat wahrlich Not. Viele Menschen fühlten sich nicht oder nicht richtig informiert.

### Beteiligung in den Gemeinden:



Gemeinden	Beteiligung
001 Kurtatsch	61,46 %
002 Tramin	58,36 %
003 Villanders	56,93 %
004 Plaus	55,94 %
005 Glurns	55,48 %
...	...
112 Corvara	29,38 %
113 Meran	28,86 %
114 Leifers	27,53 %
115 Salurn	25,42 %
116 Bozen	24,99 %

Auf Landesebene wurde die 40%-Hürde nicht erreicht, ganz anders sieht es auf Gemeindeebene aus. Dort wurde in 84 von 116 Südtiroler Gemeinden das Quorum von 40% erreicht oder übersprungen, trotz aller Aufrufe von verschiedenster Seite, der Volksabstimmung fern zu bleiben und sie dadurch zum Scheitern zu bringen. Die Südtiroler Bevölkerung will sich aber nicht länger die Meinung verbieten lassen.

### Das Gewicht der 149.262 Stimmen:

	Stimmabgaben
<b>Volksabstimmung 2009</b> (Wahlberechtigte: 390.398)	149.262
<b>Landtagswahl 2008</b> (Wahlberechtigte: 387.796)	313.943
Südtiroler Volkspartei	146.555
Die Freiheitlichen	43.615
Il Popolo della Libertà	25.297
Demokratische Partei PD	18.141
Grüne-Bürgerliste	17.745
Süd-Tiroler Freiheit	14.888
Union für Südtirol	7.048
Lega Nord Südtirol	6.413
Unitalia	5.689

An der Volksabstimmung zum öffentlichen Finanzierungsstopp für den Bozner Flugplatz nahmen 149.262 Wahlberechtigte teil, was 38,2% aller Wahlberechtigten bedeutet. Ein Vergleich dieser Zahl mit jenen der Landtagswahl 2008 mit einer ganz ähnlichen Zahl an Wahlberechtigten zeigt, dass zwar insgesamt nur etwa halb so viele Personen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Sie zeigt aber auch, dass die Mobilisierung der WählerInnen bei der Volksabstimmung - also all jener, die ihre Meinung zum Thema verbindlich durch die Stimmabgabe ausdrücken wollten - sehr wohl mit der Mobilisierung der WählerInnen durch die Südtiroler Volkspartei (146.555) bzw. mit der Summe der WählerInnen aller anderen im Südtiroler Landtag vertretenen Parteien (138.836) zu vergleichen ist. Deutlicher kann ein Wahlauftrag von den WählerInnen an die Parteien zu einer Sachfrage eigentlich nicht mehr formuliert werden.

# Ein ganzheitliches Mobilitätskonzept für das Burggrafenamt

Was herauskommt, wenn zwei junge, motivierte und engagierte Planer die derzeitige Situation der Mobilität und des Verkehrs in Meran und im Burggrafenamt von außen betrachten und völlig unvoreingenommen ein Konzept erarbeiten, das sich nicht nur nach den klassischen Parametern Angebot und Nachfrage streckt, sondern auf einem weit größerem Fundament steht, möchten wir in folgendem Artikel vorstellen. Wie realistisch dieses Projekt ist, und ob es – oder zumindest Teile daraus – je umgesetzt werden, entscheiden auch wir mit, indem wir diese und ähnliche Ansätze in die öffentliche Diskussion um die Verbesserung unserer Lebens-, Mobilitäts-, und Umweltbedingungen aktiv einbringen oder indem wir weiterhin mit dem zufrieden sind, was andere beschlossen haben und uns als fertiges Produkt vorsetzen. Lassen wir uns überraschen...

## Konzept

Die Arbeit, die wir hier vorstellen, besteht aus zwei Teilen, die sich zwar ergänzen, aber nicht notwendigerweise im Verhältnis ‚Folge und Ursache‘ zueinander stehen:

- eine **territoriale Recherche**, die einige wichtige Fragen in Bezug auf Form und Gebrauch des Territoriums sowie der Transformationsprozesse analysiert und hervorhebt, und
- ein **Collective Mobility Project für das Burggrafenamt und die Stadt Meran**.

Die Notwendigkeit der Betrachtung einer **territorialen Skala** bei der Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für das Burggrafenamt und die Stadt Meran wird in einem Territorium wie Südtirol besonders deutlich, da hier die Zersiedlung, im Gegensatz zu anderen europäischen Realitäten, ein historisches Phänomen ist. Außerdem ist in den letzten 30 Jahren die steigende Tendenz zu beobachten, in **Vororten zu wohnen und die Arbeitsaktivitäten und Dienstleistungen in größeren Städten** wie Bozen und Meran zu konzentrieren. Dadurch kommt es zu einer konstanten Zunahme der Anzahl der Pendler und der täglich zurückgelegten Strecken. Auch die **Orte der Freizeitnutzung und der Erholung** befinden sich nicht mehr nur in der kompakten Stadt, sondern sind auf das ganze Territorium verstreut, was die Abhängigkeit vom Auto verschärft hat. Mehr als 30% des Verkehrsaufkommens sind

reiner Freizeitverkehr, was durch die überfüllten Parkplätze und die langen Wochenendausflüge belegt ist.

Hinzu kommt noch der **Tourismus**. In den letzten Jahrzehnten verzeichnen wir eine drastische Veränderung im Tourismusmodell: Im vorletzten Jahrhundert war der Tourismus vor allem von Eisenbahn und großen Hotels abhängig. Heutzutage setzt sich immer mehr ein Tourismus durch, der an gastgewerbliche und nicht-gastgewerbliche Beherbergungsbetriebe in allen größeren und kleineren Tälern dieses Territoriums gebunden ist. Diese verstreute Fremdenbettenstruktur hat zur Folge, dass fast alle zurückzulegenden Wege auf der Straße abgewickelt werden.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema der Mobilität hat somit zwei Formen von Nachfrage in Betracht zu ziehen: **die Mobilitätsnachfrage der lokalen Arbeitspendler und die des Tourismus**.

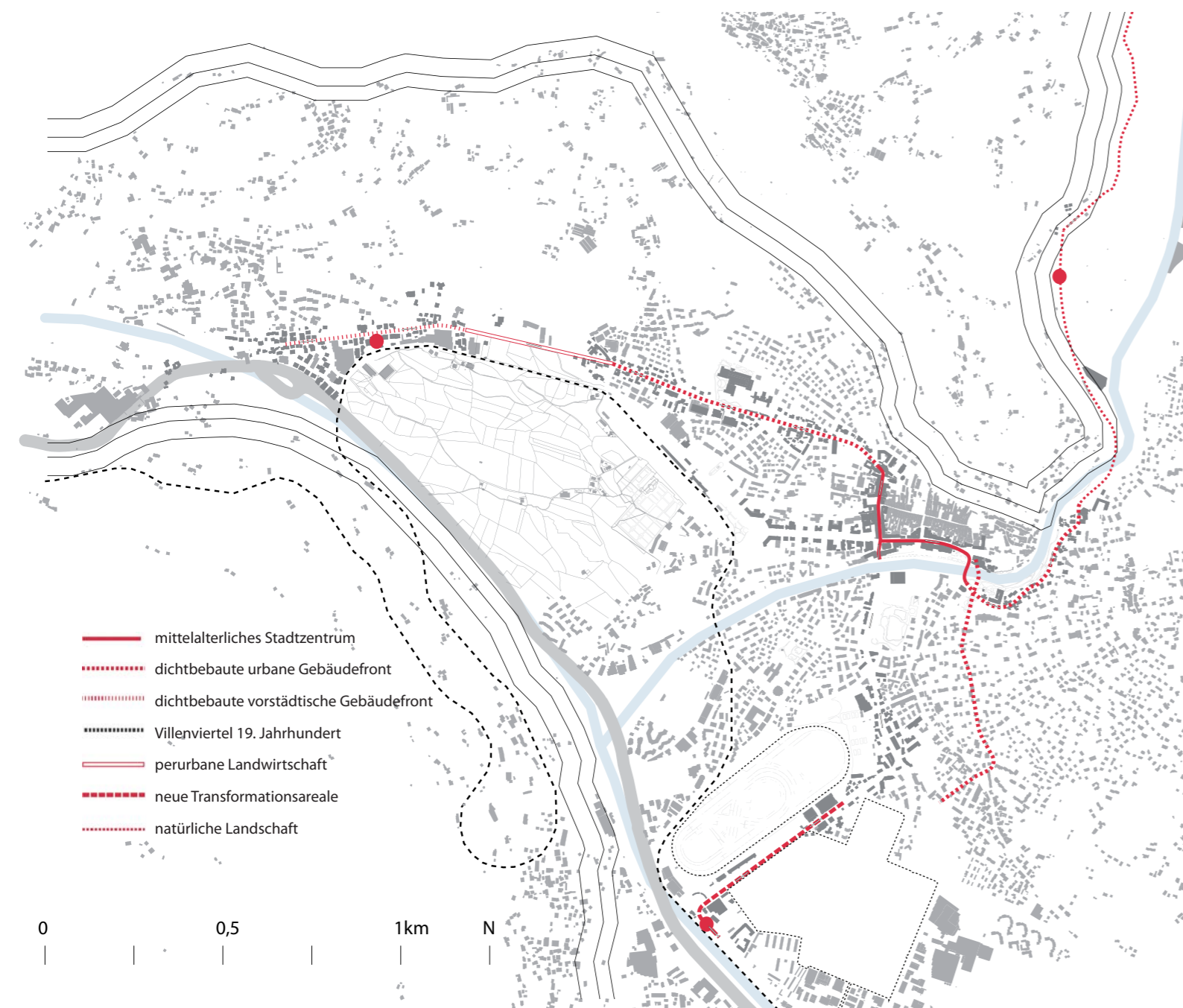
• Die Zahl der Pendler hat in Südtirol seit 1991 konstant zugenommen. Beinahe 75% dieser Pendler sind Autofahrer und das Verhältnis Person pro Auto liegt bei knapp 1,1 Person/Pkw. Wie in fast allen Industrieländern hat sich auch in Südtirol in den letzten 25 Jahren die Motorisierungsquote verdoppelt und liegt nun bei 69 Pkw pro 100 Einwohner (Stand 2006). Dieser Motorisierungsgrad ist schwer reduzierbar, denn seit Jahrzehnten konzentriert sich alles nur auf das Auto und heute wollen viele auf das Auto als Symbol für Freiheit und Unabhängigkeit nicht mehr verzichten. Das Umsteigen auf öffentliche Ver-

kehrsmittel ist somit ein Prozess, der ein Umdenken und die Umstellung des sozialen Verhaltens und Mobilitätsverständnisses erfordert.

• Der Tourismus, der den wichtigsten Wirtschaftssektor Südtirols darstellt, ist die andere große Ursache für das erhöhte Verkehrsaufkommen und die Umweltbelastung. Das Land Südtirol hat nicht nur die höchste Beherbergungskapazität Italiens, sondern charakterisiert sich sowohl durch Sommer- als auch Wintertourismus. 90% der Touristen kommen mit dem eigenen Fahrzeug nach Südtirol. Um die verschiedensten Sport- und Freizeitortschaften zu erreichen legen 25% aller Touristen während ihres Aufenthalts eine Strecke von mehr als 30 km zurück. Dadurch bringt der Fremdenverkehr nicht nur Wohlstand und Wachstum, sondern trägt auch negativ zur aktuellen Klimaveränderung bei.

Der dominierende Individualverkehr der Pendler und Touristen bedient sich also fast ausschließlich des Autos, welches Platzbedarf und Luftverschmutzung zur Konsequenz hat. Das ist eine bedeutende Problemstellung, wenn wir bedenken, dass in einer alpinen Realität wie Südtirol 70% der Umweltbelastung auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen des **Verkehrs** zurückzuführen sind. Hier könnten neue öffentliche Transportsysteme einen aktiven Beitrag zur Entlastung der Region leisten und gleichzeitig eine Investition in die Zukunft darstellen.

Das von uns entwickelte **Collective Mobility Project** besteht aus **zwei Tramlinien** mit sehr verschiedenen Ei-





platz und das aufgelassene Militärgelände, die für eine zukünftige urbane Transformation am interessantesten sind. Im Gegensatz zu anderen Transportmitteln übt die Tram einen **Regenerationseffekt** auf die umliegende Stadtstruktur (400m Radius) aus. Diese neue urbane Achse wird also zugleich Ausgangs- und Stützpunkt, um sich mit der existierenden Stadtstruktur auseinanderzusetzen und einige räumliche und soziale Strukturen in der Stadt zu revitalisieren und aufzuwerten.

Das Projekt gliedert sich in diesem Fall in **3 Ebenen**:

1. die **Tram** als Tragachse, die wir hard spine bezeichnen;
2. die vielen größeren und kleineren **Nebenstraßen**, die den Zugang zu den Funktionen und Dienstleistungen erlauben und die in Fußgängerzonen oder 30-Zone umgewandelt werden könnten (soft spines). Dadurch würde nicht nur die Durchlässigkeit (permeability) der urbanen Struktur erhöht, sondern es gäbe auch die Möglichkeit, eine Reihe von angrenzenden, verlassenen und residualen Räumen zu requalifizieren und ihnen einen neuen sozialen Wert zuzuteilen;
3. die **große Leere** oder die unterbenutzten großen Areale, wie das ehemalige Militärgelände und der Pferderennplatz, die für eine zukünftige Transformation schon bereit stehen und durch umfangreiche und vielseitige Interventionen ihren Attraktivitätsgrad steigern und somit neue Anziehungs- und Knotenpunkte der Stadt werden könnten. Dieser so ausgedehnte Leerraum im Südwesten der Stadt stellt in diesem Territorium, wo die topographischen Verhältnisse

die erschließbaren Dauersiedlungsgebiete auf wenige Gebiete beschränken, eine wahrhaftige Ressource dar.

Wie die meisten Städte weist auch Meran eine innere Strukturierung auf, das heißt eine Aufteilung in Teilräume mit unterschiedlichen Charakteristika. Während ihrer Fahrt durchquert die Tram diese verschiedenen urbanen und suburbanen Stadtteile, bestehend aus

welche derartige Areale revitalisieren, regenerieren oder gar in neue nachhaltige Stadtteile mit hohem sozialen Wert transformieren können. Das bedeutet, dass in diesem städtebaulichen Kontext die heutzutage existierenden Barrieren abgerissen, die Durchlässigkeit (permeability) erhöht oder neu geschaffen, neue öffentliche Einrichtungen eingegliedert werden sollten. Die neuen Wohnviertel, die auf dem ehemaligen Militärgelände

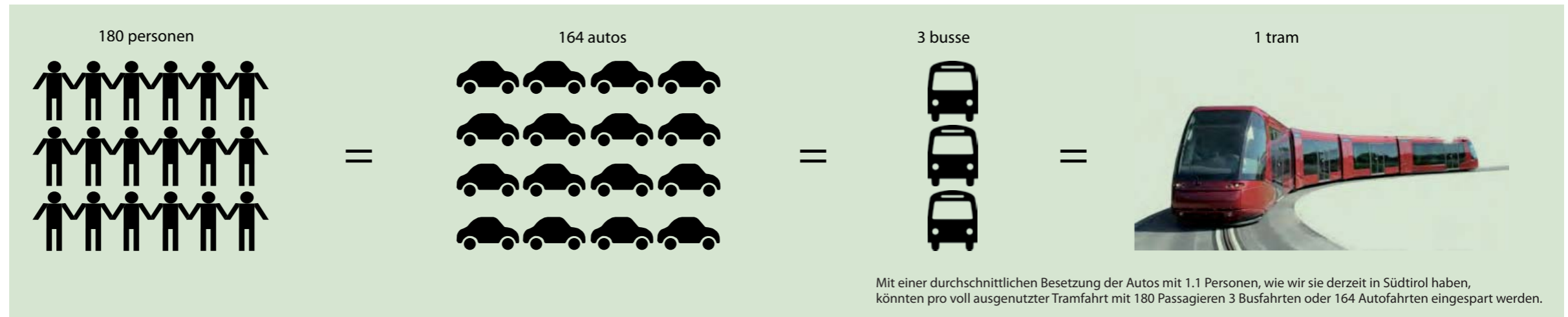
tigsten Rennplätze Europas ist, sollte ein neues Programm geschrieben werden. Neue Funktionen und Aktivitäten könnten in das aktuelle Programm eingebaut werden. Er könnte sogar in einen „urban forest park“ umgewandelt werden, eine Art von öffentlichem Raum, der in Meran tatsächlich noch nicht existiert.

In einer Situation, in der die Tram hingegen durch ein dicht bebauten urbanes Gebilde fährt, handelt es sich vor

Project sich nicht nur mit dem Thema Mobilität auseinandersetzt, sondern dass es mit einer umfassenderen und bedeutenderen Idee zu tun hat, wie die der **Reorganisation** und planmäßigen Umgestaltung sowie der **Wiederbelebung** einer Stadt und eines Territoriums. Die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Anforderungen bringen wir miteinander in Einklang und gewährleisten eine dem Wohl der Allgemeinheit die-

modells, aufgebaut auf den Konzepten des endlosen Wachstums und der unbegrenzten Ressourcen sowie auf den Werten wie Individualismus und Ausschließlichkeit, deutlichste aufzeigt.

Wie Rifkin in seinem Buch *The european dream* schreibt, stehen neuerdings Werte wie Kollektivität und Zusammenarbeit im Vordergrund. Die Städteplanung muss auch dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern



vielfachen Elementen wie Einzelhäusern, Parzellen, Baublöcken, Sportanlagen, Gewerbegebäuden und den entsprechenden Freiräumen. Das hat uns dazu gebracht, die vielen urbanen Situationen, die wir vorfinden, nicht auf eine einheitliche Weise zu behandeln, sondern für sie **unterschiedliche Planungs- und Eingriffsstrategien sowie Konzepte** zu erarbeiten. Die Strategien, die im Fall der großen Enklave wie die des Pferderennplatz oder des Militärgeländes vorgeschlagen werden, bestehen in einer Reihe von städtebaulichen Maßnahmen,

realisiert werden können, sollten sich durch Vielfalt und Nachhaltigkeit charakterisieren: Dort sollte man Wohnungen, Arbeit, Versorgung und Erholung vorfinden und der Energiebedarf sollte durch regenerative, sog. „grüne“ Energie gedeckt werden. Das Wohnumfeld spielt eine große soziale Rolle und sollte daher mit Parkanlagen, Spielflächen und anderen öffentlichen Freiräumen als Orte der Erholung, Muße und Freizeitbeschäftigung ausgestattet sein. Für den Pferderennplatz, der zwar ökonomisch nicht mehr rentabel, aber einer der wich-

allem um ein Bodenprojekt, ein Oberflächenprojekt. Große Bedeutung wird dem Straßenrand und den Begrenzungen zugeschrieben, aber auch den abgegrenzten Zwischenräumen, die in neue Freiräume transformiert werden. Außerdem würde diese neue strukturierende Achse auch dazu anregen, alte verlassenen Gebäude umzubauen oder abzureißen und sie durch solche mit neuen öffentlichen Funktionen und Bestimmungen zu ersetzen.

Wir wollen mit unserer Arbeit nachweisen, dass ein Collective Mobility

nende sozial gerechte Bodennutzung.

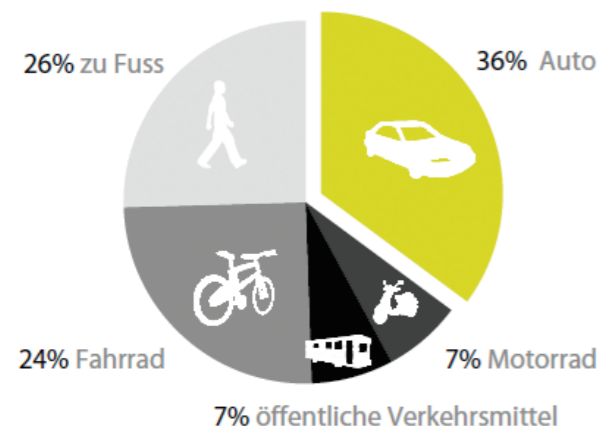
Unser Projekt berücksichtigt durchaus die **drei wichtigsten Krisen**, welchen sich die heutige Gesellschaft stellen muss:

1. die **Energiekrise**, schon seit 1973 ein großes Thema wie uns Mirko Zardini in seinem Buch *Sorry out of Gas* ausführlich schildert;
2. die **Umweltkrise** mit der Klimaveränderung, über die man weltweit täglich Konferenzen hält;
3. die **Wirtschafts- und Finanzkrise**, die die Grenzen eines Entwicklungs-

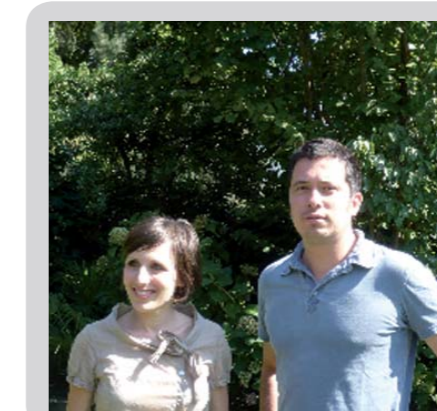
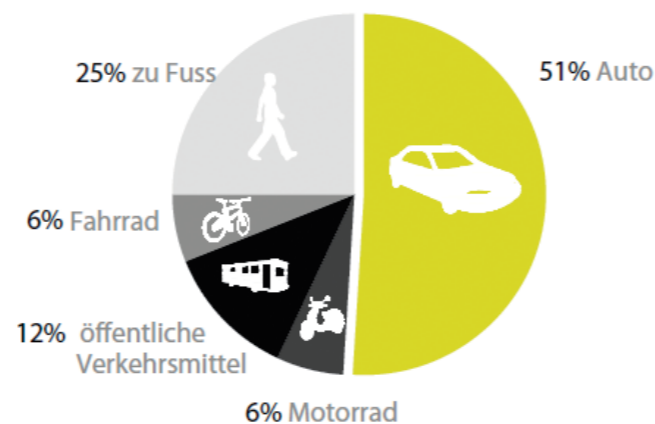
und die natürlichen Lebensgrundlagen zu entwickeln und zu schützen, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz. Durch ein verbreitetes Mobilitätsprojekt, das eine geeignete Zugänglichkeit der Stadt und des Territoriums erlaubt, könnte dies eingeführt werden.

ARCH. FERNANDO LUA SILVA  
ARCH. VERENA RECLA

Mobilitätsarten - Einwohner Meran



Mobilitätsarten - Nachbargemeinden

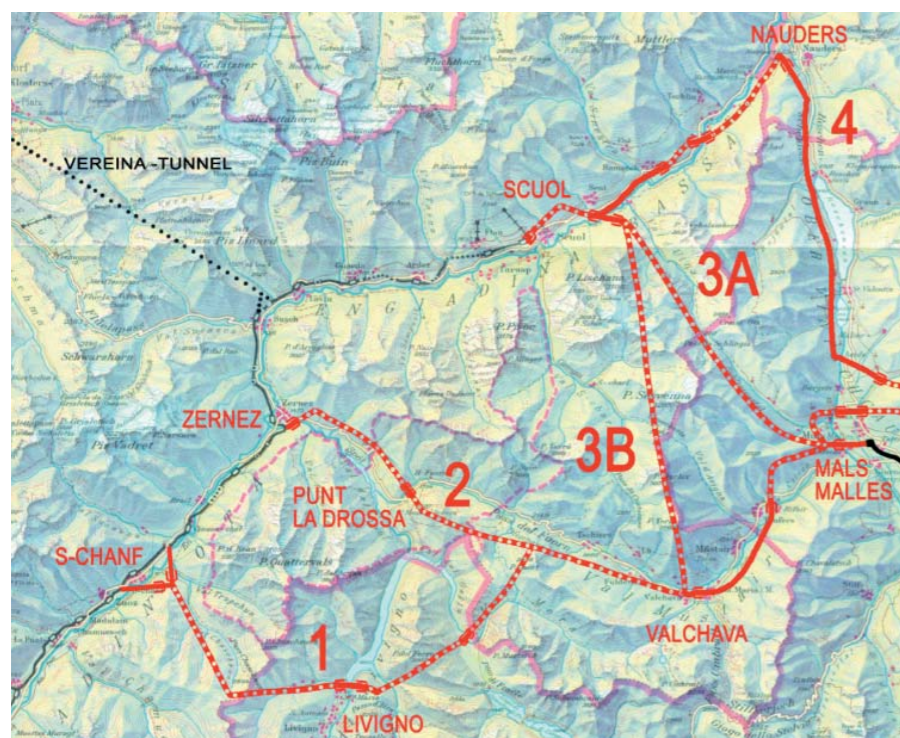


Verena Recla (Meran 1979) und Fernando Lua Silva (Mexico City 1979), Architekten, haben 2005 das Studium der Architektur an der Universität IUAV Venedig mit einer Diplomarbeit in Städteplanung über Mexico City abgeschlossen. 2009 schlossen sie das European Postgraduate Master In Urbanism (Strategies and Design for Cities and Territories) in den Universitäten IUAV Venedig und UPC Barcelona mit der Diplomarbeit "A collective mobility project for Merano and Burgraviato", koordiniert von den Professoren Paola Viganò, Bernardo Secchi und Antonio Font, ab. Verschiedene Arbeitserfahrungen haben sie in Italien und Barcelona gesammelt.

# Bahnverbindung Vinschgau-Engadin

„...wir arbeiten aber darauf hin, dass dieser Traum sich in absehbarer Zeit verwirklichen lässt.“

In der letzten Ausgabe des Naturschutzblattes wurde das Projekt zur Bahnverbindung Engadin-Vinschgau kurz vorgestellt. Nun haben wir an zwei Beteiligte des internationalen Aktionskomitees Bahnverbindung Engadin-Vinschgau, Josef Noggler und Helmut Schönthaler, einige Fragen zu diesem Projekt gerichtet und sie um ihre Einschätzung zum Projekt und zu einer möglichen Umsetzung gebeten.



Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Josef Noggler, Sie sind Vize-Präsident des Aktionskomitees Bahnverbindung Engadin-Vinschgau. Wir würden Ihnen gerne zu diesem Projekt einige Fragen stellen:

**Naturschutzblatt: Welche Notwendigkeiten bestehen, um dieses Projekt jetzt umsetzen zu wollen?**

**Josef Noggler:** Das Projekt jetzt umzusetzen ist unmöglich. Es sind eine Reihe von zusätzlichen Arbeiten erforderlich, wie z.B. Information der Bevölkerung, Diskussionen, Festlegung der Variante, Erstellung der Vorprojekte etc.

**NSB: Welchen konkreten Maßnahmen werden vom Aktionskomitee getroffen, um dieses Projekt voran zu treiben?**

**Noggler:** Neben Öffentlichkeitsarbeit und dem Abklären deren Finanzierung; neben Erstellen von Aktionsprogrammen und Strategiepapieren, Projektbearbeitungen und politischen Absprachen ist für uns zur Zeit auch die Mitgliederwerbung sehr wichtig. Wir möchten damit natürlich politischen Druck erzeugen.

**NSB: Wie realistisch stufen Sie derzeit die Verwirklichung des Projektes ein? Wo liegen die Chancen, wo die Risiken?**

**Noggler:** Derzeit ist die Verwirklichung noch ein Traum, wir arbeiten aber darauf hin, dass dieser Traum sich in absehbarer Zeit verwirklichen lässt. Das Hauptproblem liegt natürlich in der Finanzierung. Wenn sich das erforderliche Geld nicht auftreiben lässt, weder auf Schweizer noch auf Südtiroler Seite, auch nicht auf internationaler Seite oder durch private Unternehmen, riskiert das Projekt nicht verwirklicht zu werden.

**NSB: Die Schätzungen der Kosten des Projektes sind nicht unerheblich. Wie wollen Sie die Öffentlichkeit davon überzeugen, dass diese Investitionen sinnvoll sind?**

**Noggler:** Die Kosten werden hoch sein, wie bei vielen anderen Vorhaben des Landes auch. Diese Investition wird je-

doch für den Vinschgau und darüber hinaus wirtschaftlich sehr viel bringen. Bereits mit der Wiedereröffnung der Vinschger Bahn hat die Vinschger Tourismuswirtschaft gemerkt, wie wichtig eine solche Verbindung ist. Gleiches wird sich bei der Errichtung einer Zugverbindung Vinschgau-Engadin ergeben.

**NSB: Kann Ihrer Meinung nach eine frühzeitige und umfassende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in grundsätzliche Entscheidungen zur Realisierung ein solches Projektes eher beschleunigen oder bremst eine derartige Bürgerbeteiligung eher die Umsetzung?**

**Noggler:** Unsere Öffentlichkeitsarbeit zielt darauf ab, die Bürger entscheidend mit einzubeziehen, sonst würde das Projekt von vornherein nicht realisierbar sein und somit sterben.

**NSB: Sollte das Projekt verwirklicht werden, ist davon auszugehen, dass auf Schweizer Seite darüber in einer Abstimmung entschieden wird. Ist Ihrer Meinung nach eine bezirksweite (direkte Auswirkungen) bzw. südtirolweite (finanzielle Aspekte) Volksabstimmung darüber auch in Südtirol sinnvoll? Wenn ja, wann und unter welchen Voraussetzungen?**

**Noggler:** Wie die Schweizer Seite vorgehen wird, kann ich nicht sagen. Jedenfalls kann davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerung auf Schweizer Seite stark einbezogen und befragt werden wird. Auch auf Südtiroler Seite sollte von der Bevölkerung der Wunsch der Realisierung diese Verbindung ausgehen, sonst sollte die Verbindung nicht gemacht werden. Wie die Volksabstimmung organisiert und in welchem Umfang sie gemacht werden soll, ist aus momentaner Sicht nicht zu beantworten. Es sind doch noch zu viele Details unbekannt.

**NSB: Vielen Dank für das Gespräch.**



Sehr geehrter Herr Helmut Schönthaler, Sie sind Vorsitzender der Umweltschutzgruppe Vinschgau, welche im Aktionskomitee Bahnverbindung Engadin-Vinschgau mitarbeitet. Wir würden Ihnen gerne zu diesem Projekt einige Fragen stellen:

**Naturschutzblatt: Welche Notwendigkeiten bestehen, um dieses Projekt jetzt umsetzen zu wollen?**

**Helmut Schönthaler:** Touristische, regionalwirtschaftliche und Umweltaspekte sind meiner Meinung nach wichtige Argumente für die Umsetzung dieses Projektes. Die Bahnverbindung Engadin-Vinschgau würde einen kulturellen Austausch im Rätischen Dreieck in Gang bringen, der für beide Regionen befruchtend wäre.

**NSB: Welchen konkreten Maßnahmen werden vom Aktionskomitee getroffen, um dieses Projekt voran zu treiben?**

**Schönthaler:** Aktuelle Maßnahmen des Vorstandes des Aktionskomitees sind mir momentan nicht bekannt. Ich nehme an, dass Verhandlungen mit den beteiligten Bahnunternehmen und den zuständigen Behörden auf Schweizer und Südtiroler Seite, dem Trentino und Venetien angelaufen sind.

Über den Stand der Arbeiten soll die Öffentlichkeit ja laufend informiert werden.

**NSB: Wie realistisch stufen Sie derzeit die Verwirklichung des Projektes ein? Wo liegen die Chancen, wo die Risiken?**

**Schönthaler:** Meiner Meinung nach ist die Verwirklichung dieses Projektes nur auf lange Sicht zu realisieren, da andere Landesteile bezüglich neuer Bahnprojekte ihre Wünsche bereits deponiert haben und die Bahnverbindung Engadin-Vinschgau politisch nicht oberste Priorität hat.

Chancen gibt es viele. Ein Beispiel: Attraktiv wären sicher Tagesausflüge aus dem Engadin nach Südtirol und umgekehrt. Der landschaftlich und klimatisch unterschiedliche Charakter dieser Regionen würde unter anderem den Reiz solcher Ausflüge ausmachen.

Die Herausforderungen für diese Bahnverbindung sind sicher vielfältig. Wenn man bereits heute an die überfüllten Züge auf der Bahnstrecke Mals-Meran denkt, so müssen hier die Kapazitäten um ein Vielfaches erhöht werden, um einem möglichen Ansturm an Fahrgäs-

ten gerecht zu werden.

**NSB: Die Schätzungen der Kosten des Projektes sind nicht unerheblich. Wie wollen Sie die Öffentlichkeit davon überzeugen, dass diese Investitionen sinnvoll sind?**

**Schönthaler:** Hier ist sicher der Vorstand des Aktionskomitees gefordert. Mit guter Öffentlichkeitsarbeit muss die Bevölkerung für dieses Projekt gewonnen werden. Die Umweltschutzgruppe Vinschgau wird zur gegebenen Zeit in diesem Zusammenhang sicher ihren Beitrag leisten.

**NSB: Kann Ihrer Meinung nach eine frühzeitige und umfassende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in grundsätzliche Entscheidungen zur Realisierung ein solches Projektes eher beschleunigen oder bremst eine derartige Bürgerbeteiligung eher die Umsetzung?**

**Schönthaler:** Grundsätzliche Entscheidungen zur Realisierung des Projektes sind meiner Meinung nach auf politischer Ebene zu fällen und zwar diesseits und jenseits der Grenze. In einem zweiten Moment müssen die Bürgerinnen und Bürger eingehend über das Projekt informiert werden und sollen sich dann auch rege an der Umsetzung beteiligen.

**NSB: Sollte das Projekt verwirklicht werden, ist davon auszugehen, dass auf Schweizer Seite darüber in einer Abstimmung entschieden wird. Ist Ihrer Meinung nach eine bezirksweite (direkte Auswirkungen) bzw. südtirolweite (finanzielle Aspekte) Volksabstimmung darüber auch in Südtirol sinnvoll? Wenn ja, wann und unter welchen Voraussetzungen?**

**Schönthaler:** Nachdem die Menschen in Südtirol umfassend über das Bahnprojekt Engadin-Vinschgau informiert worden sind und die Finanzierung gesichert ist, wäre eine Volksabstimmung in dieser Frage sinnvoll.

**NSB: Vielen Dank für das Gespräch.**



# Klärschlamm Entsorgung- Verbrennung oder doch nicht?

Zu einem regelrechten Dauerbrenner und einer vehement geführten Debatte entwickelte sich die Diskussion um den Standort der Klärschlammverbrennungsanlage in Südtirol. Kreativ zeigte sich in dieser Auseinandersetzung die Gemeinde Tramin, welche mit der möglichen Verbrennungsanlage hätte beglückt werden sollen. Die Verbrennung als Entsorgung bleibt (noch), aber dort, wo sie als sinnvoller Brennstoffersatz eingesetzt werden kann. Und was hat die Allgemeinheit davon? Eine Reduzierung der emittierten Schadstoffe durch Bindung in Zement und bei entsprechender Planung auch eine Reduzierung der Kosten. Na dann, warum nicht gleich so?

Die Reinigung der häuslichen und industriellen Abwässer erfolgt in Südtirol mittlerweile beinahe flächendeckend in einer Reihe von gemeindlichen und übergemeindlichen Kläranlagen, welche über das ganze Land verteilt sind und so die damit verbundenen möglichen Auswirkungen auf die Umwelt lokal lösen. Während man im Bereich der Abwasserreinigung also ein zufriedenstellendes Niveau erreicht hat, bereitet die Entsorgung des dabei anfallenden Klärschlammes immer noch Kopfzerbrechen. Bis dato wird nur ein Teil des anfallenden Klärschlammes in Südtirol thermisch verwertet, sprich verbrannt. Die bei dieser Verbrennung anfallenden Schlacken müssen ebenfalls deponiert werden, hinzu kommen die mit Schwermetallen und anderen giftigen Stoffen kontaminierten Filterstäube, die getrennt entsorgt werden müssen. Der Rest des anfallenden Schlammes wird außer Landes transportiert um dort verwertet zu werden. So setzte sich in den letzten Jahren die Erkenntnis durch, dass diese Form des Klärschlamm-Managements nicht sehr zukunftsfähig ist und man suchte auch in Südtirol nach alternativen, lokalen Lösungen.

In den letzten Monaten wurde von öffentlicher Seite immer stärker eine lokale Klärschlammverbrennungsanlage favorisiert, die allerdings auf wenig Akzeptanz bei den rund um den möglichen Standort ins Spiel gebrachten Gemeinden stieß. In dieser Diskussion, welche in den letzten Monaten mit zunehmender Schärfe auch öffentlich geführt wurde, beschritt die Gemeinde Tramin neue Wege und arbeitete mit anerkannten Experten eine alternative Lösung zur bisherigen Idee der Klärschlammver-

brennung aus, die in finanzieller als auch ökologischer Hinsicht, lokal als auch global Vorteile zu bringen scheint.

Worin besteht aber genau der Vorteil? Was hat sich gegenüber dem Projekt einer Verbrennung der anfallenden Klärschlamm wirklich gebessert? In der Folge sollen die wichtigsten Punkte hervorgehoben und in einer Kosten-Nutzen-Tabelle den Eckdaten für eine Klärschlammverbrennungsanlage gegenübergestellt werden.

Bei einer Verbrennung werden verschiedene Verbrennungsgase sowie die im Klärschlamm gebundenen Schwermetalle freigesetzt, die entweder mit dem Rauchgas in die Umwelt entweichen oder aufwändig herausgefiltert werden müssen. Bei der Trocknung entfällt die Abgabe dieser Stoffe an die Umwelt. Sie sind weiterhin im (nun trockenen) Klärschlamm gebunden. Das

von der Gemeinde Tramin verfolgte Konzept sieht die Verwendung einer Hackschnitzelanlage zur Trocknung vor, sodass die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Trocknungsprozesses ausgeglichen wäre. Das zur Trocknung verwendete Holz setzt nämlich bei dessen Verbrennung nur jenen Anteil an CO<sub>2</sub> frei, den es während der Wachstumsphase gebunden hat. Würde dieses Holz nicht genutzt/verbrannt, würde es beim Verrottungsprozess diese Menge an CO<sub>2</sub> trotzdem freisetzen. Somit kann eine Trocknung durch Hackschnitzelverfeuerung als klimaneutral betrachtet werden.

## Getrockneter Klärschlamm ersetzt Brennstoffe in der Schwerindustrie

Mit der Trocknung ist zwar eine Gewichts- und Volumenreduktion des Klärschlammes möglich, dieser aber noch keiner sinnvollen Verwertung zugeführt. Eine eigene Verbrennung (Monoverbrennung) in einer sogenannten Klärschlammverbrennungsanlage (KVA) bringt zwar nutzbare Wärme, die erzeugt aber die oben genannten Emissionen. Der alternative Ansatz des Konzeptes der Gemeinde Tramin sieht vor, dass der getrocknete Klärschlamm als Ersatzbrennstoff in der Schwerindustrie eingesetzt wird. Die negativen Auswirkungen werden somit nicht abgewälzt und anderen zusätzlich angelastet, sondern durch die Verwendung von Klärschlamm in industriellen Verbrennungsprozessen können etwa Braunkohle oder andere fossile Energieträger eingespart werden. Es kommt so zu keiner Mehrbelastung. Die vorgeschlagene Verwendung in der Zementindustrie hat zudem den Vorteil, dass die im Klärschlamm vorhandenen Schwermetalle größtenteils nicht auswaschbar im Zementklinker gebunden wären.

## Transport

Neue Wege will die Gemeinde Tramin auch beim Thema Transport gehen. Das durch die Trocknung entstehende Granulat soll so ökologisch wie möglich zur Verwertung in die Zementindustrie transportiert werden. Aufgrund der guten Transporteigenschaften des Trockengranulats soll dieser Transport über die Schiene erfolgen: Die Gemeinde möchte hierzu noch ein eigenes Logistikkonzept

ausarbeiten, denn auch hier gibt es noch Optimierungsmöglichkeiten.

## Effizientere Trocknung durch Industrieabwärme

Dass gute Konzepte noch weiter verbessert werden können, zeigt auch die Bestrebung der Gemeinde Tramin, die Trocknung des Klärschlammes mit Prozesswärme lokaler Unternehmen zu bewerkstelligen. Die in Auftrag gegebene Studie zu den Möglichkeiten der Klärschlamm-trocknung hat nämlich aufgezeigt, dass es sowohl ökologisch als auch ökonomisch besser wäre, wenn man die Trocknung nahe bei Industrieunternehmen ansiedeln würde, die bereits heute über große Mengen an überschüssiger Abwärme verfügen. So könnte die Trocknung effizient und günstig vollzogen werden. Durch den Einsatz von Abwärme können Einsparungen beim Brennmaterial sowie Reduzierung von Transporthäufigkeiten und -wegen erzielt werden, aber auch merkbare Kosteneinsparungen, sodass neben den positiven Auswirkungen auf die Umwelt auch die Entsorgung insgesamt noch kostengünstiger würde.

Der von der Gemeinde Tramin bestrittene Weg, in konstruktiver Art und Weise ein eigenes Konzept auszuarbeiten, hat gezeigt, dass es für Herausforderungen häufig sehr viele Möglichkeiten oder Alternativen gibt. Welche der vielen Szenarien sich nun als die beste Lösung entpuppt, wird die fachliche Argumentation und die breite Diskussion zeigen. Jedenfalls sind wir durch das Spektrum der Möglichkeiten nicht mehr nur an die „genehmste“ Lösung gebunden, die uns in der Vergangenheit – auch noch meist als großer Wurf – vorgesetzt und verkauft wurde.

ANDREAS RIEDL  
(Unterlagen der Gemeinde Tramin)

	Nur Trocknung	Verbrennungsanlage (KVA)
CO <sub>2</sub>	neutral*	ca. 1.000 Tonnen/Jahr
Quecksilber	keines	ca. 2 kg/Jahr
Mangan	keines	ca. 1,5 kg/Jahr
Nickel	keines	ca. 0,7 kg/Jahr
Zink	keines	ca. 21 kg/Jahr
SO <sub>2</sub>	keines	ca. 2.100 kg/Jahr

\* bei Verwendung eines nachwachsenden Brennstoffes zur Trocknung



# Auszüge aus der Konzeptstudie „Klärschlamm-trocknung am Standort Kläranlage Tramin inkl. Restverwertung“

durchgeführt von Prof. Dr.-Ing. Ulf Theilen, Fachhochschule Gießen, Professor für Siedlungswasserwirtschaft und anaerobe Verfahrenstechnik in Kooperation mit Dipl.-Ing. Armin Uhrig, Ingenieurgesellschaft Müller GmbH

## Grundsätzliches Entsorgungs- und Verwertungskonzept

Zukunftsweisende Konzepte sollten auf jeden Fall technologisch vergleichsweise offen gestaltet werden und nicht mehr die Entsorgung im Fokus haben, sondern die möglichst weitgehende Verwertung bzw. Abtrennung:

- der organischen Masse, z.B. als Energieträger
- der Nährstoffe, insbesondere des Phosphats
- ggf. zukünftig der Schwermetalle

Hierbei gilt es zu bedenken, dass Aufbereitungs- und Abtrennungsvorgänge für Phosphate und Schwermetalle sich derzeit noch in der halbtechnischen bzw. auch großtechnischen Entwicklung befinden und diese noch nicht zum Stand der Technik gehören. Zu nennen sind hier als Beispiel folgende Technologien:

- MAP-(Magnesium-Ammonium-Phosphat)-Abtrennung nur aus der flüssigen Phase (Schlammwasser) möglich (und großtechnisch realisiert), nicht aus Schlamm;
- Seaborne-Verfahren mit Schwermetallabtrennung und Mineraldünger-Produktion (NPK-Dünger), derzeit in der großtechnischen Entwicklung;
- Phosphor-Rückgewinnung aus Klärschlamm durch ein Hybridverfahren aus Niederdruck-Nassoxidation und Nanofiltration (PHOXNAN), halbtechnische Versuche;
- diverse Verfahren zur Abtrennung von Phosphaten aus Klärschlammaschen, erheblicher apparativer Aufwand, hoher Energie- und Chemikalienbedarf, derzeit noch in der großtechnischen Erprobung (z.B. Bio-Con-Verfahren, Aufschlusslaugung mit Säure);
- KREPRO-Verfahren mittels Schlammhydrolyse (150 °C, 4 bar) und anschließender P-Fällung.

Für nahezu alle Verfahren ist eine vorhergehende Trocknung der Schlämme von großem Vorteil. Das im Rahmen dieser Studie vorgeschlagene Entsorgungs- und Verwertungskonzept sieht die Trocknung der entwässerten Klärschlämme als zentrale Technologie vor. Für den getrockneten Klärschlamm erscheint derzeit noch eine energetische Verwertung unter Nutzung der Organik als Brennstoff als sinnvollste Variante;

- zukünftig, nach Vorliegen entsprechender positiver Erkenntnisse für eine weitere Aufbereitung und Nutzung insbesondere der Nährstoffe, kann der getrocknete Klärschlamm als Rohstoff für eine dann ausgereifte Aufbereitungstechnologie dienen;
- auch weitere derzeit noch in der Entwicklung befindliche Verfahren wie zum Beispiel das HTC-Verfahren (Hydrothermale Carbonisierung), bei dem organisches Material zu Kohlenstoff umgesetzt wird;
- das NTK-Verfahren (Niedertemperatur-Konvertierung), bei dem organisches Material zu verwertbarem Öl und Gas umgesetzt wird, werden in dieser Studie nicht weiter betrachtet, da diese derzeit noch in der halb- bzw. großtechnischen Entwicklung stehen und für einen kurzfristigen gesicherten Einsatz in der hier betrachteten Größenordnung von ca. 23.000 t/a noch nicht realistisch eingesetzt werden sollten.

Das hier vorgeschlagene grundsätzliche Verwertungskonzept berücksichtigt daher einerseits die derzeit schlechte und unsichere Verwertung entwässerter Klärschlämme in der Landwirtschaft und lässt aber andererseits mittel- und langfristig weitgehende Offenheit in Bezug auf zukünftige Technologien der weitergehenden Klärschlammverwertung.

Es ist zu erwarten, dass die aktuell bereits schlechte Situation in der land-

wirtschaftlichen Klärschlammverwertung aufgrund verschärfter Schadstoffgrenzwerte und auch neuer Parameter in der in Kürze zu erwartenden novellierten Europäische Klärschlammrichtlinie noch schwieriger wird. In Deutschland wird voraussichtlich Ende 2009 eine novellierte Klärschlammverordnung deutlich verschärfte Grenzwerte und zusätzliche Parameter aufweisen; es wird davon ausgegangen, dass etwa 50% der heute noch landwirtschaftlich verwerteten Schlämme zukünftig nicht mehr in der Landwirtschaft verwertet werden können. Dies wird alle größeren Gemeinden, aber auch rein ländlich strukturierte Regionen betreffen.

Das der Machbarkeitsstudie zugrunde liegende grundsätzliche Entsorgungs- und Verwertungskonzept für die Klärschlämme setzt sich aus folgenden Modulen zusammen:

- Zwischenlagerung der entwässerten Klärschlämme auf den Standorten der jeweiligen Kläranlagen, um eine quasi-kontinuierliche Beschickung der nachgeschalteten Trocknungsanlage gewährleisten zu können (Just-in-time Bereitstellung). Die Zwischenlagerung ist nicht Bestandteil der Betrachtungen und muss zunächst lokal organisiert und realisiert werden;
- Transport zur zentralen Trocknungsanlage auf dem Gelände der Kläranlage Tramin. Der Transport des entwässerten Klärschlammes von den Standorten der einzelnen Kläranlagen nach Tramin ist nicht Bestandteil der Betrachtungen;
- Trocknung des entwässerten Klärschlammes von im Mittel ca. 21,5% TS auf ca. 90% TS. Es werden verschiedene Trocknungstechnologien betrachtet. Die für die Trocknung erforderliche thermische Energie wird vorzugsweise regenerativ (solar, erneuerbare Energien) bereitgestellt;
- Transport des entwässerten Klärschlammes zur Verwertungsanlage;
- Verwertung des getrockneten Klärschlammes, vorzugsweise als Ersatz-

brennstoff in der Zementindustrie.

## Verwertung des getrockneten Klärschlammes

Die Verwertung des getrockneten Klärschlammes kann auf verschiedene Weise erfolgen:

- als Streudünger in der Landwirtschaft, sofern die Schadstoffgrenzwerte eingehalten werden und landwirtschaftliche Abnehmer gefunden werden; der Transport und die Lagerung sind unkritisch, da der getrocknete Klärschlamm granuliert und damit gut handelbar ist;
- als Brennstoff in verschiedenen industriellen Prozessen, da getrockneter Klärschlamm einen Brennwert in der Größenordnung von Braunkohle hat. Als Beispiel wird hier die Verwertung in der Zementindustrie genannt; dies hat den Vorteil, dass Schadstoffe in den Zementklinker eingebunden werden und nicht eluierbar sind;
- in thermischen Reststoffentsorgungsanlagen (Sekundärbrennstoffanlagen) zur Erzeugung von Prozessenergie oder über Dampfturbinen von Strom und Wärme; Beispiele sind Sekundärbrennstoffanlagen zur Erzeugung von Fernwärme oder Anlagen zur Erzeugung von Prozessdampf in der Papierindustrie.

Für die hiermit vorgelegte Studie wird die Verwertung in der Zementindustrie weiter betrachtet. Diesbezüglich fanden Gespräche statt mit:

- international tätigen Transportunternehmen, die auf Entsorgungstransporte spezialisiert sind und getrocknete

Klärschlämme in Deutschland, aber auch international transportieren und daher über die entsprechende Erfahrung und die erforderliche Logistik verfügen;

- Unternehmen der Zementindustrie, die in Deutschland bereits jetzt erhebliche Mengen getrockneter Klärschlämme als Ersatzbrennstoffe einsetzen.

Konkrete Angebote haben folgende spezifische Preise ergeben:

- Transport des getrockneten Klärschlammes (90%, ca. 6.000 t/a) von Tramin nach Schelklingen (Zementwerk Fa. Heidelberg Cement AG): 32,00 €/t
- Verwertung / Entsorgung im Zementwerk Schelklingen der Fa. Heidelberg Cement AG: 30,00 €/t

Dieser Gesamtpreis von 62,00 €/t bezieht sich auf getrockneten Klärschlamm mit 90% TS; umgerechnet auf den Ausgangs-TS von 22% TS ergibt sich ein spezifischer Preis von 15,16 €/t entwässerter Klärschlamm.

## Ausblick und Empfehlung

In der Studie wurde herausgearbeitet, dass die Schlamm-trocknung mit reiner Solarenergie (ohne externe Wärmebereitstellung) aufgrund der erheblichen erforderlichen Investitionen sowie des notwendigen Platzbedarfs und der damit einhergehenden hohen Grundstückskosten wirtschaftlich nicht realisiert werden kann.

Weiterhin wurde herausgearbeitet, dass die Klärschlamm-trocknung mittels bekannter Technologien der technischen

Trocknung unter Nutzung regenerativ erzeugter thermischer Energie machbar und wirtschaftlich ist. Diese Wirtschaftlichkeit lässt sich noch deutlich verbessern, wenn an einem Standort der Trocknungsanlage noch Abwärme aus industriellen Prozessen oder auch aus einer Müllverbrennungsanlage bereitgestellt werden kann.

Insgesamt gesehen stellen die Unterzeichner abschließend fest, dass die gesamten Behandlungs- und Verwertungskosten für die im westlichen Teil Südtirols anfallenden Klärschlämme etwa zwischen 60,00 € und 70,00 €/t netto liegen werden.

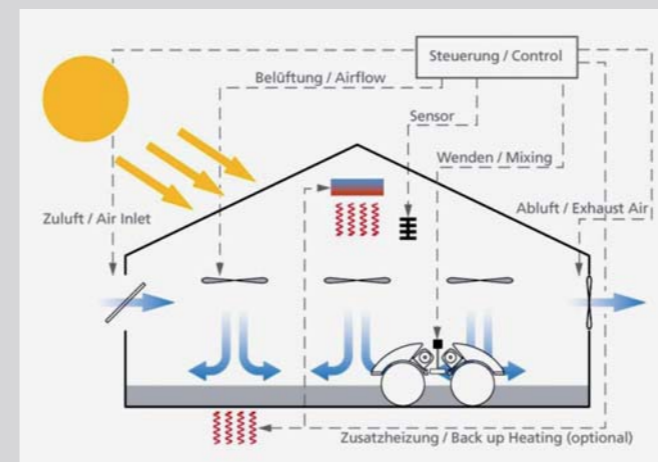
Wie bereits zuvor dargestellt besteht bei dem hier betrachteten Konzept der regenerativ bereitgestellten Wärme über Holzhackschnitzel eine erhebliche Abhängigkeit vom spezifischen Wärmepreis.

Sollte das hier genannte Konzept der Klärschlamm-entsorgung und -verwertung von den entscheidenden Stellen als zukunftsfähig erachtet werden, gibt es für das Land Südtirol prinzipiell zwei Möglichkeiten der Umsetzung:

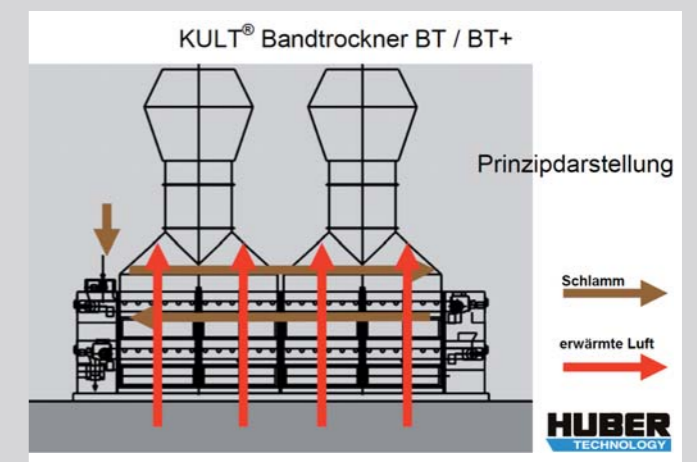
1. Im Nachgang zu dieser Studie könnten die Unterzeichner eine Detailplanung mit den entsprechenden Systemen erstellen. Dort müssen dann alle Randbedingungen des gewählten Standorts einfließen.

Die Realisierung einer derartigen Anlage muss aufgrund des Investitionsvolumens im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung erfolgen.

Eine Kooperation mit einem regionalen Planungsbüro, insbesondere für die Leistungen der örtlichen Maßnahmen, ist in diesem Fall obligato-



Funktionsprinzip der solaren Klärschlamm-trocknung nach dem System der Fa. THERMO-SYSTEM Industrie- & Trocknungstechnik GmbH



Funktionsprinzip der Klärschlamm-trocknung mit Bandtrocknern, hier nach dem System der Fa. Huber GmbH

risch und sinnvoll.

2. Die Unterzeichner schlagen hingegen vor, das hier betrachtete nachhaltige Konzept (regenerative Wärmebereitstellung, Nutzung des getrockneten Schlammes als Ersatzbrennstoff) im Rahmen einer europaweiten Entsorgungsausschreibung mit Vorgabe der

technologischen Lösung als Dienstleistungsvertrag einer Laufzeit von mindestens 15 Jahren auszuschreiben.

Damit kann für das Land Südtirol eine langfristige nachhaltige Entsorgungssicherheit für die Klärschlammverwertung realisiert werden. Die Un-

terzeichner verfügen über entsprechende Erfahrung mit der Durchführung derartiger Ausschreibungsverfahren, hierbei sind die rechtlichen Randbedingungen des europäischen Vergaberechts von besonderer Wichtigkeit.

### Stichwort Klärschlamm

Klärschlamm fällt bei der Abwasserreinigung an und ist eine Mischung aus Wasser und Feststoffen. Bei den Feststoffen handelt es sich um Schwebstoffe, die sich in der Kläranlage aus dem Wasser absetzen und zu Boden sinken (sedimentieren).

Der Klärschlamm ist reich an Nährstoffen, da die Bakterien in der biologischen Stufe die Abwasserinhaltsstoffe zum Aufbau der Biomasse verwenden. Von besonderer Bedeutung sind insbesondere für die Landwirtschaft Nitrat, Phosphat und andere Nährsalze; Klärschlamm enthält auch Stoffe, die für Umwelt und Mensch problematisch sein können. Insbesondere sind es die Schwermetalle, die u. a. durch Rückflüssen aus Rohrleitungen vorkommen. Grenzwerte werden durch die entsprechende Gesetzgebung festgelegt.

(verändert aus wikipedia.de)

Die Verwendung der Klärschlämme in der Landwirtschaft (Nährstoffe und Verwertung) bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt und insbesondere der Böden regelt auf EU-Ebene die Richtlinie 86/278/EWG, auf die sich in diesem Zusammenhang auch die lokale Gesetzgebung im LG Nr. 4/2006 (Art. 30 Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft, Abs.1) bezieht:

„Mit Durchführungsverordnung werden in Durchführung der Richtlinie 86/278/EWG des Rates vom 12. Juni 1986 die Bestimmungen für die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft festgelegt. Die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft wird vom Amt für Abfallwirtschaft ermächtigt und hat eine Gültigkeit von fünf Jahren.“

Die EU-Richtlinie besagt im Wesentlichen Folgendes:

Klärschlamm verfügt über Eigen-

schaften, die in der Landwirtschaft nutzbringend eingesetzt werden können. Beim Einsatz von Klärschlamm ist der Nährstoffbedarf der Pflanzen zu berücksichtigen; die Qualität der Böden, der Oberflächengewässer sowie des Grundwassers darf durch den Einsatz von Klärschlamm nicht beeinträchtigt werden. Einige Schwermetalle, die im Klärschlamm vorkommen, können für die Pflanzen und für den Menschen toxisch sein.

Klärschlamm darf in der Landwirtschaft verwendet werden, vorausgesetzt, dass der jeweilige Mitgliedstaat ihre Verwendung regelt.

Die Richtlinie enthält Grenzwerte für Konzentrationen von Schwermetallen in den Böden, in den Schlämmen und für die Mengen von Schwermetallen, die pro Jahr auf den Böden aufgebracht werden dürfen.

Die Verwendung von Klärschlamm ist verboten, wenn die Konzentration eines oder mehrerer Schwermetalle in den Böden die festgesetzten Grenzwerte übersteigt. Die Mitgliedstaaten müssen in solchen Fällen die erforderlichen Vorkehrungen treffen, um zu gewährleisten, dass diese Grenzwerte nicht infolge der Verwendung der Schlämme überschritten werden.

Die Schlämme müssen vor ihrer Verwendung in der Landwirtschaft behandelt werden. Die Mitgliedstaaten können jedoch die Verwendung nicht behandelter Schlämme gestatten, wenn diese in den Boden eingespült oder eingegraben werden.

Die Verwendung von Schlämmen ist untersagt:

- auf Weiden oder Futteranbauflächen, wenn vor Ablauf einer bestimmten Frist diese Weiden beweidet bzw. diese Futteranbauflächen abgeerntet werden; (diese Frist, die von den Mitgliedstaaten festgelegt wird, darf auf keinen Fall weniger als drei Wochen betragen);
- auf Obst- und Gemüsekulturen wäh-

rend der Vegetationszeit, ausgenommen Obstbaumkulturen;

- während einer Zeit von zehn Monaten vor der Ernte und während der Ernte selbst auf Böden, die für Obst- und Gemüsekulturen bestimmt sind, welche normalerweise in unmittelbare Berührung mit dem Boden kommen und deren Erträge normalerweise in rohem Zustand verzehrt werden.
- Die Schlämme und die Böden, auf denen sie verwendet werden, sind Probenahmen und Analyseverfahren zu unterziehen.

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass Register geführt werden, in denen Folgendes vermerkt wird:

- die erzeugten Schlammengen und die an die Landwirtschaft gelieferten Schlammengen,
- die Zusammensetzung und die Eigenschaften der Schlämme,
- die Art der Behandlung,
- die Namen und Anschriften der Empfänger der Schlämme sowie die Orte ihrer Verwertung.

Die Mitgliedstaaten können, falls erforderlich, strengere als die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen erlassen.

Die Mitgliedstaaten erstellen alle vier Jahre und erstmalig fünf Jahre nach der Bekanntgabe der Richtlinie einen zusammenfassenden Bericht über die Verwendung der Schlämme in der Landwirtschaft, in dem die ausgebrachten Schlammengen, die eingehaltenen Kriterien und die aufgetretenen Schwierigkeiten vermerkt sind, und übermitteln ihn der Kommission, die die darin enthaltenen Informationen veröffentlicht.

Die Kommission legt unter Berücksichtigung dieses Berichts gegebenenfalls entsprechende Vorschläge zur Gewährleistung eines verstärkten Schutzes der Böden und der Umwelt vor.



Mühlkoppfen, die dem zurückweichenden Wasser während einer Sunk-Phase nicht mehr folgen konnten und auf der trockenen Kiesbank verendet sind.



Gülleeinleitung im Finsterbach. Sehr gut zu erkennen, die typische, sehr starke Schaumbildung. Für kleine Gewässer mit geringem Abfluss kann eine Einleitung verheerende Wirkungen haben.

Foto: Landesfischereiverband Südtirol

Nun scheint es also bald so weit zu sein. Zweieinhalb Jahre nach dem ersten Entwurf des Wassernutzungsplanes sollte die überarbeitete und endgültige Fassung demnächst vorliegen. Diese tritt dann mit Dekret des Staatspräsidenten in Kraft, sobald eine paritätische Kommission bestehend aus Vertretern des Landes und des Staates darüber befunden hat. Der Dachverband hat sich mit verschiedenen Stellungnahmen und Aktionen aktiv in diesen Überarbeitungsprozess eingebracht und wir hoffen, zumindest einige unserer vielen Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge in ökologischer Hinsicht auch im endgültigen Plan verankert zu sehen. Die Überarbeitung war notwendig geworden, da der auslaufende Gewässernutzungsplan aus dem Jahre 1986 stammt und die rechtlichen Anforderungen sowie das aufgeschlossene Bewusstsein gegenüber diesem Lebensraum nicht mehr erfüllt. Grund genug die vielfältigen Einflüsse und Nutzungsanforderungen

auf unsere Gewässer in einem Artikel darzulegen.

### Status der Gefährdung

Gewässer gehören zu den am stärksten vom Menschen veränderten Lebensräumen in unserer Kulturlandschaft. Mit den vielfältigen Änderungen und Nutzungen gehen auch veränderte Lebensbedingungen für die Tier- und Pflanzenwelt dieser Lebensräume einher. Diese Auswirkungen betreffen in vielen Fällen das gesamte Ökosystem und beeinträchtigen damit eine Vielzahl verschiedener Lebewesen.

### Ursachen der Gefährdung

Die Rote Liste gefährdeter Tierarten Südtirols, herausgegeben von der Abteilung Natur und Landschaft der Autonomen Provinz Bozen, stellt bereits in der Einleitung fest, dass eine Art nicht losgelöst aus dem biologischen Zusam-

menhang geschützt werden kann, sondern nur indem ihr Lebensraum erhalten bleibt. Somit identifiziert auch die Rote Liste den Lebensraumverlust als generelle Ursache der Artengefährdung. Von den insgesamt 3064 als gefährdet eingestuft Tierarten (immerhin 41% aller untersuchten Tierarten) sind ein Fünftel der Arten durch Wasserverschmutzung und gewässerbauliche Maßnahmen bedroht. So verwundert es nicht, dass die Rote Liste naturbelassene, saubere Flüsse und Bäche sowie daran angrenzende

und häuslicher Abwässer gelangen immer noch sehr viele Nährstoffe aus der Landwirtschaft über diffuse und punktuelle Einträge in unsere Gewässer. Die Gesamtsituation hat sich aber, verglichen mit der verheerenden Situation vor einigen Jahrzehnten, doch sehr gebessert, wenn auch nicht vergessen werden sollte, dass beispielsweise die größte Südtiroler Kläranlage für ca. 320.000 Einwohnergleichwerte erst im Jahr 2000 in Sinich in Betrieb genommen wurde. Die große Herausforderung in der Ab-

Bäche entsorgt. Durch die saisonal bedingte schlechte Verdünnung (Winterniedrigwasser) ist das aquatische Leben dieser konzentrierten Schadstofffracht schutzlos ausgesetzt.

### Wasserwirtschaft

#### a) Wasserbau

Fließgewässer waren einstmals die bestimmenden und prägenden Landschaftselemente der Talböden. Mit der Ausdehnung menschlicher Tätigkeit

vermögen. Bei Hochwasser stehen keine Ausweichmöglichkeiten mehr zur Verfügung und die Produktivität lässt aufgrund der monotonen, kanalartigen Ausbildung des Bachbettes erheblich nach. Die vielen Querbauwerke unterteilen den Fluss in sehr viele isolierte Abschnitte, deren Teilpopulationen sich nicht mehr untereinander austauschen können. Ganz konkret ist etwa der Zugang der Forellen zu den für ihr Laichgeschäft notwendigen Zubringern in vielen Fällen unterbunden. Da sie auch

im Herzen der Alpen reich an Reliefenergie, bietet sehr viel Potential für die Wasserkraftnutzung. Diese wurde in den Jahren rund um die beiden großen Kriege des letzten Jahrhunderts sehr intensiv ausgebaut. In diese Zeit fallen der Bau und Betrieb aller großen Speicherkraftwerke sowie der großen Ausleitungskraftwerke an Etsch und Eisack.

Eine Renaissance erlebte der Bau von neuen Wasserkraftwerken in den letzten Jahren. Durch den liberalisierten Stromhandel an der europäischen Strombörse und die staatlichen Subventionen durch Grünzertifikate auf sog. „grünen Strom“ wird eine ganze Reihe von ehemals unattraktiven Standorten für Wasserkraftwerke plötzlich interessant. Die negativen Auswirkungen sind einerseits die bereits beim klassischen Wasserbau angesprochenen wie Habitatzerstörung und Kontinuumsunterbrechungen. Hinzu kommen noch Wasserableitungen und der durch die nur zu bestimmten Tagesstunden benötigte Produktion von Spitzenstrom verursachte Schwallbetrieb. Ableitungen einer großen Menge des Abflusses verkleinern zum einen generell die benetzte Fläche und das Habitat für Gewässerflora und -fauna. Andererseits wird der natürliche Abfluss schwer gestört. Bleiben im späten Frühjahr die jährlichen von der Schneeschmelze hervorgerufenen Hochwasserereignisse aus, verkittet der Kieslückerraum. Das Ablachen im darauf folgenden Winter wird erschwert oder unmöglich. Zudem passiert es vor allem bei privaten Klein- und Kleinstkraftwerken immer wieder, dass gesetzlich vorgeschriebene Restwassermengen nicht eingehalten werden. Was ein trockener Bach für die darin vorkommenden Lebewesen bedeutet, braucht an dieser Stelle wohl nicht kommentiert zu werden. Die derzeit 784 (Stand 31.05.2009) in Betrieb befindlichen Kleinkraftwerke mit einer Nennleistung unter 220 kW liefern allerdings nur 2,64% (~23 MW mittlere Leistung) des gesamten in Südtirol produzierten Stromes. Dass dieser geringe Prozentsatz an der gesamten Stromproduktion zur Versorgungssicherheit beiträgt, erscheint unglaubwürdig. Die produzierte Energiemenge ließe sich mit einem Wasserkraftwerk in der Größe der Anlage der Edison AG Spa in Bruneck (24,7 MW mittlere Leistung) mehr als nur kompensieren. Zudem werden ca. 60% des in Südtirol produzierten Stro-

mes außer Landes verkauft.

Noch dramatischere Auswirkungen als die Reduzierung des verbleibenden Abflusses stellt der sog. Schwallbetrieb dar. Wasserkraftwerke sind in ihrer Produktion weitaus flexibler als thermische oder nukleare Kraftwerke, weshalb Wasserkraftwerke vor allem zur Deckung der Bedarfsspitzen eingesetzt werden. Eine periodische Inbetriebnahme mehrmals am Tag für einige Stunden verursacht unterhalb des Kraftwerkes ein sprunghaftes Ansteigen des Wasserspiegels. Das Verhältnis von Schwall und folgendem Sunk kann in sehr ungünstigen Fällen, etwa in der Teilen der Puni 30-40:1 betragen, aber auch im Hauptgewässer wie der Etsch bei Spondinig durchaus noch 5-7:1. Während in der Niedrigwasserphase somit bei oben genannten Beispiel in der Etsch (Aufstau für die Produktion) etwa 5 m<sup>3</sup> Wasser pro Sekunde abfließen, kann sich dieser Wert während des Schalles innerhalb von Minuten auf 25-35 m<sup>3</sup> Wasser pro Sekunde vervielfachen. Die negativen Auswirkungen und die Stresssituation dieser künstlichen Hochwassersituationen auf die Gewässerlebewesen mehrmals am Tag sind enorm. In der Schwallphase finden die Gewässerlebewesen nur schwer geeignete Unterstände, in der Sunkphase fallen flach überflutete Kiesflächen trocken und werden vor allem für Fischbrut und Jungfische, die sich vornehmlich in diesen Bereich aufhalten, zu tödlichen Fallen. Besonders ausgeprägt sind die Schwall-Sunk-Erscheinungen während der jahreszeitlich bedingten Niedrigwassersituationen im Winter, da das Abflussverhältnis dort besonders ungünstig ist. Erwähnt werden müssen in diesem Zusammenhang auch noch die periodischen Stauraumspülungen, bei denen in wenigen Wochen das gesamte über mehrere Jahre oder Jahrzehnte abgelagerte Sediment aus den Stauräumen in den Fluss gespült wird. Die Auswirkungen der über Wochen andauernden Schwebefracht in dieser Konzentration auf alles Leben im Unterlieger sind katastrophal.

#### c) Wasserentnahme

Neben diesen großen generellen Eingriffen in die Gewässer wäre auch noch eine Vielzahl von spezielleren negativen Erscheinungen zu erwähnen, wie etwa der ständig steigende Wasserbedarf der Landwirtschaft. Zudem sind



Entleerung des Franzensfester Stausees. Der stark eingetrübte Unterlauf über mehrere Wochen bedeutet den Tod für viele der dortigen Lebewesen.



Manipulierte Überläufe an Kleinwasserkraftwerken. Das zusätzlich abgeleitete Wasser fehlt in der Restwasserstrecke und kann im Extremfall zum Trockenfallen des Baches führen.



So achtlos erfolgt die Entsorgung des kontaminierten Räumschnees sehr häufig in unserem Land.

Biotope und Auen als besonders schutzwürdig einstuft, da sie Lebensadern der Landschaft sind.

Ein ganz ähnliches Bild zeichnet die Rote Liste der gefährdeten Gefäßpflanzen, im Jahr 2006 herausgegeben vom Naturmuseum Südtirol, welche den Standort Feuchtlebensraum als einen der gefährdetsten für Pflanzen identifiziert. Beinahe die Hälfte aller unmittelbar vom Aussterben bedrohten Arten sind auf Feuchtlebensräume angewiesen und ganze 34 Arten der Feuchtlebensräume sind bereits verschwunden.

Die im Folgenden aufgezählten negativen Einwirkungen auf eben diese schützenswerten Lebensräume können nicht erschöpfend sein, stellen aber die Eingriffe mit den größten Folgewirkungen dar.

### Wasserverschmutzung

Trotz der heutzutage nahezu flächendeckenden Klärung industrieller

wasserreinigung sind heute hochkomplexe chemische Verbindungen und deren Abbau- und Zerfallsprodukte sowie Schwermetalle, die auch in nur geringen Mengen toxisch wirken. Der Stand des Wissens darüber ist allerdings noch sehr bescheiden. Sicher ist nur, dass diese Stoffe, Abfallprodukte aus der verarbeitenden Industrie, Medikamentenrückstände und Hormone, auch in modernen Abwasserreinigungsanlagen nicht zurückgehalten werden können. Insofern muss die Wasserverschmutzung auch heute noch als Gefährdung für die heimische Gewässerflora und -fauna angeführt werden.

Nur gestreift werden kann in diesem Zusammenhang die Problematik der Schneeräumung (siehe dazu eigenen Bericht im Naturschutzblatt 04/2008). Der geräumte Schnee, der aufgrund der starken Belastung mit Tausalzen und Schwermetallen sowie Reifenabrieb eigentlich einer Sonderentsorgung zugeführt werden müsste, wird in Flüsse und

wurde einerseits der Flächenbedarf vergrößert, andererseits sollten diese Flächen auch ausreichend vor Überschwemmungengeschützt werden. Fließgewässer wurden eingengt, begradigt, ausgeräumt, ihr Lauf am Reißbrett bestimmt, ihre Funktion einer ganzen Reihe von Erfordernissen untergeordnet. Die umfangreichsten wasserbaulichen Maßnahmen an den großen Flüssen Südtirols wurden seit dem 19. Jahrhundert vorgenommen. Folgen dieser Verbauungen waren aber auch negative Erscheinungen aus wasserwirtschaftlicher Sicht. Wollte man gerade Überschwemmungen verhindern, förderte man durch die Erhöhung des Gefälles, die Beschleunigung des Abflusses und das Fehlen von Rückhalteflächen eine Verschärfung der Hochwasserspitzen flussab. Ein sich eintiefender Fluss aufgrund der stärkeren Erosion führt aber zu einem sinkenden Grundwasserspiegel im Umland. Zudem verlieren derart degradierte Flüsse weitgehend ihr Selbstreinigungsges-

längere Laichwanderungen unternemen, ist dies ein entscheidender Einschnitt in ihre Fortpflanzungsmöglichkeiten. Die Summe all dieser Eingriffe führte zu einer massiven Gefährdung der pulsierenden Fließgewässerlandschaften. Gegenwärtig werden, wo immer möglich, auch hydrobiologische Überlegungen in wasserbauliche Tätigkeiten integriert. Diese können bestenfalls zu einer punktuellen Verbesserung in einen naturnahen Zustand führen, eine Wiederherstellung des natürlichen Zustandes ist aufgrund der vielfältigen Nutzungen in unserer Kulturlandschaft nicht mehr möglich. Umso wichtiger erscheint es deshalb, letzte Reste natürlicher Fließgewässerstrecken wie etwa an Passer und Eisack sowie Gewässerlandschaften wie Prader Sand oder Ahrauen zu erhalten.

#### b) Wasserkraftnutzung

Südtirol, ein wasserreiches Land und durch die günstige topografische Lage

die großen Wasserentnahmen für die Erzeugung von Kunstsnee in den sensiblen Wintermonaten aufzuzeigen. Viele der Auswirkungen dieser Wasserentnahmen sind jedoch analog zu jenen der Wasserausleitungen, welche im Bereich der Wasserkraftnutzung beschrieben wurden. Deshalb wird hier auf eine neuerliche Aufzählung verzichtet.

In Anbetracht dieser Zusammenschau aller angeführten Gefahrenquellen für die heimische Gewässerfauna und -flora, erstaunt es, dass vielerorts noch vielfältiges Leben im Fluss vorzufinden ist.

### Weitere, nicht invasive Nutzungen

Zu den weiteren, nicht invasiven Nutzungen gehören all jene Nutzungsansprüche, die an einen Gewässerlebensraum gestellt werden, welche andere Nutzungen nicht ausschließen oder nur geringfügig einschränken. Hierunter fallen sehr viele Nutzungen der Gewässer für die Freizeit, wie etwa Kanufahren und Rafting oder die Fischerei. Prinzipiell schließen sich diese Nutzungen eines Gewässers nicht gegenseitig aus. Zu dieser Klasse gehört auch die generelle Erholung an und rund um Gewässer. Nicht umsonst sind Uferpromenaden so beliebt, wurden und werden viele Radwege in Südtirol entlang von Gewässern angelegt. Zudem erfüllen Gewässer eine überaus wichtige landschaftsprägende und -ästhetische Wirkung. Touristische Werbeprospekte kommen schon lange nicht mehr ohne rauschende Gebirgsbäche, tosende Wasserfälle, idyllische Bergseen und Ähnliches aus. Eine Landschaft ohne diese Elemente erscheint uns verarmt und unvollständig.

Dieses Bewusstsein um den Stellenwert und die Einzigartigkeit unserer Gewässer sollte allen zukünftigen Nutzungsansprüchen zugrunde gelegt werden.

ANDREAS RIEDL

**Leider geht die Verbauung auf der Alm munter weiter, ein weiteres großes Hotel hat die Baugenehmigung erhalten und ein Hoteldorf steht kurz davor.**

Otto Senoner, seinerzeit Bergführer, Mitbegründer der *Catores* und erfolgreicher Industrieller, hat trotz seines fortgeschrittenen Alters die Leitung von

Bereits in der Ausgabe 4/2007 des Naturschutzblattes zeigte die Bürgerinitiative *Pro Seiser Alm* die **Bausünden auf der schönsten und größten Alm Europas** auf vier Seiten und in beeindruckenden Bildern auf.

Dem folgte eine Protestaktion zur exzessiven Bautätigkeit auf der Seiser Alm, die vom AVS, dem CAI, dem Dachverband für Natur- und Umweltschutz, dem Heimatpflegeverband, dem Verein zum Schutz der Bergwelt und vielen anderen Organisationen mit Unterstützung wurde und von der Begeisterung der vielen Teilnehmer getragen war. Dieser gemeinsame Auftritt hatte ein großes Presseecho, u.a. gab es auch eine Fernsehsendung Pro und Contra dazu.

*Pro Seiser Alm* übernommen und auf eigene Kosten den Druck einer Postkartenserie initiiert. Ziel dieser Aktion ist es, einer möglichst großen Zahl von Südtirolern aufzuzeigen, wie in unserem Land mit Schutzgebieten umgegangen wird.

**Adressaten dieser ausdrucksstarken Postkarten können sowohl persönliche Bekannte als auch die Gemeinde Kastelruth und deren Gemeinderäte, die verschiedenen Fremdenverkehrsämter, Landesämter und Landespolitiker sein.**

Wenn auch nicht anzunehmen ist, dass die bereits genehmigten zukünftigen Bauvorhaben auf der Alm widerrufen werden, so hoffen wir wenigstens, dass danach Schluss ist und nicht nach Kompatsch auch noch die mittlere und die hintere Alm zerstört werden.

Die Postkarten sind nun unters Volk zu bringen. Sie liegen im Büro des Dachverbandes für Natur- und Umweltschutz auf und können zu den Bürozeiten abgeholt werden.



proseiseralm.info

# Die gepeinigste Seiser Alm



Herzliche Grüße vom Schutzgebiet Seiser Alm Sommer 2006



Herzliche Grüße vom Schutzgebiet Seiser Alm Sommer 2009



Herzliche Grüße vom Schutzgebiet Seiser Alm Sommer 2009



Herzliche Grüße vom Schutzgebiet Seiser Alm Sommer 2009

# Neue Energiepolitik ist notwendig „Entpolitisierung ist gefordert“



Foto: Gianni Bolini

Die Grundvoraussetzungen sind in erster Linie die Energieeinsparung und die Effizienzsteigerung. Eine „autarke Energieregion Vinschgau“ schafft neben Versorgungssicherheit, Preisstabilität und lokaler Wertschöpfung auch neue Perspektiven auf dem lokalen Arbeitsmarkt durch Produktion, Verteilung und Forschung. Mehrere Alpenregionen beweisen, dass sich damit auch Marketinginstrumente für eine nachhaltige Tourismuswirtschaft anbieten. Ähnlich wie in anderen Bereichen, z. B. der Mobilität, ist der erste Schritt zur Energieautarkie des Vinschgaus ein umfassendes lokales Energiekonzept. Die darin festgelegten Ziele sind dann in einzelnen Schritten stufenweise umzusetzen. „Ein energieautarker Vinschgau ist möglich, man muss dies nur wollen.“

Die Internationale Energietagung am 24. Oktober 2009 in Prad am Stilfserjoch hat großes Interesse hervorgerufen und veranlasst uns, hiermit die wichtigsten Erkenntnisse an die Öffentlichkeit weiterzugeben. Unerlässlich ist demzufolge eine Neuorientierung der Südtiroler Energiepolitik. Dabei sollen die erneuerbaren, regionalen Energiekreisläufe gestärkt werden, will man die zu erwartenden Versorgungsengpässe mit Gas und Öl verhindern.

Notwendig ist die „Entpolitisierung“ der Energiewirtschaft. Die politischen Vertreter des Landes und der Gemeinden werden aufgefordert, nicht als Energieproduzent und -verteiler aufzutreten, sondern gerechte und nachhaltige Rahmenbedingungen für alle zu schaffen. Die direkte Wertschöpfung aus dem „Allgemeingut Wasser“ darf nicht weiterhin zur privaten Spekulation und Deckung von öffentlichen Haushalten dienen, sondern der Optimierung und Sicherung einer umwelt- und sozialverträglichen Energieversorgung. Die Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung und die Zusammenführung von Energieproduktion und -verteilung sind ein wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Strategie.



Foto: Umweltschutzgruppe Vinschgau

Fast alle Referate der Internationalen Energietagung „Energieautarker Vinschgau – Vision oder Utopie“ sind auf dem Internetblog der Umweltschutzgruppe Vinschgau unter <http://umweltvinschgau.wordpress.com> abrufbar. Die Veranstaltung wurde vom Dachverband für Natur- und Umweltschutz mitorganisiert und vom Vinschgauer Energiekonsortium, vom Energiewerk Prad, von Raiffeisen, der Autonomen Provinz Bozen - Abteilung Natur und Landschaft sowie dem Südtiroler Biomasseverband unterstützt.

## UMWELTSCHUTZGRUPPE VINSCHGAU

Die hochkarätig besetzte internationale Referentengruppe der Vinschger Energietagung „Energieautarker Vinschgau - Vision oder Utopie“

## Schon wieder Stau ins Überetsch

Derzeit werden im MeBo-Tunnel unter Schloss Sigmundskron Arbeiten durchgeführt, die nur eine Röhre für die Fahrzeuge in beide Richtungen zulassen.

Kaum zu glauben, aber dies hat während der Stoßzeiten – besonders morgens – einen Rückstau der Autos teilweise bis zur Abzweigung nach St. Michael/Eppan zur Folge. Alles steht, die Fahrt von Eppan nach Bozen dauert bis zu einer Stunde und mehr. Natürlich kommt auch der Autobus nicht mehr weiter.

Dies ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass schnelle, große Straßen mehr Verkehr anziehen. Die breite Weinstraße, die Unterführung beim Eppaner Bahnhof und die MeBo als Verbindung in die Zone Bozen Süd locken die Autofahrer hinter das Steuer. Trotz der letzthin ei-

nigermaßen gut funktionierenden öffentlichen Verbindungen zwischen Bozen und dem Überetsch benützen immer noch viel zu viele Pendler ihr eigenes Fahrzeug um nach Bozen zu kommen und – die meisten fahren alleine, mit den bekannten Folgen für Umwelt und Gesundheit.

Der Bau einer Bahn von Bozen ins Überetsch muss mit absolutem Vorrang betrieben werden und zwar nach dem Konzept von Ing. Knoflacher als schienegebundenes Verkehrsmittel längs der Straße, das von Kaltern bis ins Zentrum von Bozen führt. Dieses Konzept wurde bereits von den Gemeinderäten und Bürgermeistern von Kaltern, Eppan und Bozen befürwortet. Eine Bahn muss die Pendler schneller und billiger als das

Mittlerweile hat jeder - bis auf ein paar sture Politiker - verstanden, dass wir die Überetscher Bahn brauchen.



Foto: Concetta Diot

Auto zum Arbeitsplatz bringen. Sie muss eine echte Konkurrenz zum Auto darstellen.

Die Umweltgruppe Eppan fordert von den Verwaltern diesbezüglich ein rasches Handeln und einen sinnvollen Einsatz der Steuergelder. Immerhin pendeln täglich 12.000 Menschen aus dem Überetsch nach Bozen. Bei der Verwirklichung einer neuen, modernen öffentlichen Verbindung darf man sich keinesfalls auf irgendwelche Experimente einlassen, die sich dann als unzureichend erweisen.

ELISABETH LADINSER  
Umweltgruppe Eppan

## Die Umweltgruppe Ulten feiert ihr 20jähriges Bestehen



Am Samstag, den 31. Oktober 2009, konnte die Umweltgruppe Ulten mit einem sehr schönen Fest ihr 20jähriges Bestehen gebührend feiern. Zu diesem Anlass kam die bekannte Band *Titlà* aus dem Pustertal nach St. Walburg in den Raiffeisensaal.

Der Saal wurde von Helmut Mairhofer (Gärtnerei Galanthus in Lana) sehr schön mit Blumen und Sträuchern geschmückt. Er selbst war lange Zeit Vorsitzender der Umweltgruppe Ulten.

Seit dem Jahr 1996 hat Robert Lösch den Vorsitz inne, ihm zur Seite stehen im Ausschuss Julia Schwiembacher (stellvertretende Vorsitzende), Ulrike Schweigl (Protokoll), Gabriel Breitenberger (Finanzen) sowie Martin Egger.

Die Gruppe kann auf eine rege Vereinsarbeit zurückblicken. In diesen 20 Jahren wurden zahlreiche Veranstaltungen

organisiert, wie Informationsabende oder auch Podiumsdiskussionen. Ein Schwerpunkt der letzten Jahre war die Umlaufbahn von Kuppelwies auf die Schwemmalm. Dass es im Jahr 2004 zu einem Referendum zu diesem Thema kam, ist ganz wesentlich auf die Arbeit der Umweltgruppe zurückzuführen. Zweifellos war es ein wichtiger Impuls zur Stärkung der Direkten Demokratie im gesamten Ultental.

Das Fest wurde von sehr vielen Menschen aus nah und fern besucht und man kann nunmehr behaupten, es war gelungen. Dazu beigetragen hat neben der sehr gefälligen Musik sicher auch das reichhaltige Buffet mit Produkten aus der Ultner und Südtiroler biologischen Landwirtschaft. So spendierte Alexandra Schwarz vom Marson-Hof in St. Walburg den Weichkäse, der Bäcker Fritz

Trafoier aus St. Nikolaus das Brot, der Bioland Bauer Hans Lösch aus Lana steuerte einen mündigen Wein bei, der Apfelsaft kam von der Genossenschaft Osiris (Demeter) aus Burgstall und Julia Schwiembacher und Armin Pilser steuerten ihre würzigen Hartkäse bei. Der





Ein voller Vereinsaal unterstreicht die Bedeutung der Umweltgruppe für das Ultental.

Speck kam vom Gansegg-Hof in St. Nikolaus. Nicht zu vergessen sind die köstlichen Krapfen, die von Marianne Schwellensattl und Julia Schwiembacher

zubereitet wurden. Ebenso war der Weltladen aus Lana mit zahlreichen Produkten anwesend und bot diese auch zum Verkauf an.

Die Umweltgruppe Ulten möchte sich an dieser Stelle noch einmal bei allen Gönnern für die bereitwillige Unterstützung ganz herzlich bedanken. Ein besonderer Dank gilt dem Dachverband für Natur- und Umweltschutz für die organisatorische Unterstützung.

Trotz aller Erfolge ist eines aber auch klar: Die Umweltgruppe kann nur so stark sein wie die Mitglieder, die hinter dem Ausschuss stehen. Sollte jemand Interesse haben der Gruppe beizutreten, so kann er sich jederzeit an eines der Ausschussmitglieder wenden:

Robert Lösch (339 8297917)  
Gabriel Breitenberger (389 6765899)  
Martin Egger (334 3525765)  
Julia Schwiembacher (335 5780327)  
Ulrike Schweißl (für St. Pankraz: 0473 787393).

ROBERT LÖSCH  
Vorsitzender der UG Ulten

### Fotowettbewerb „ENERGIEVERSCHWENDUNG“

Die Lia per Natura y Usanzes und der Fotoclub Gherdëina organisieren einen regionalen Fotowettbewerb mit dem Titel „Energieverschwendung“, mit dem Ziel die Bevölkerung für dieses Thema zu sensibilisieren.

Teilnahme berechtigt sind alle BürgerInnen mit Wohnsitz in der Region Trentino-Südtirol.

Jeder Teilnehmer darf bis zu fünf Fotos mit einer Mindestgröße von 20x30 cm und einer Maximalgröße von 30x45 cm per Post oder persönlich einreichen. Die Fotos müssen vor dem 01. März 2010 (23.00 Uhr) beim Fotoclub Gherdëina ankommen.  
Adresse: Fotoclub Gherdëina  
Reziastraße 102, 39046 St. Ulrich

Die besten Fotos werden dem Publikum in Form einer Ausstellung im Kreis für Kunst und Kultur in St. Ulrich vom 19. bis 28. März, täglich von 10.00 bis 12.00 und 17.00 bis 22.00 h, präsentiert.

Eine Jury, bestehend aus einem Fotografen, einem Vertreter der Lia per Natura y Usanzes und einem Vertreter der Gemeinde St. Ulrich, wird die drei

Siegerbilder auswählen, für die Preise in Höhe von 300 bzw. 200 und 100 € vorgesehen sind.

Nähere Informationen, die Beschreibung des Wettbewerbs sowie die Teilnahmebedingungen sind unter der Webadresse [www.fotoclubgardena.it](http://www.fotoclubgardena.it) des Fotoclub Gherdëina abzurufen. Kontaktadresse für Informationen: [fotoclubgardena@gmail.com](mailto:fotoclubgardena@gmail.com)

Wir laden euch alle herzlich zur Teilnahme ein!

### Concorso fotografico regionale con tema „SPRECO ENERGETICO“

Per sensibilizzare la popolazione riguardo le tematiche ecologiche, le associazioni Lia per natura y usanzes e il Fotoclub Gherdëina organizzano un concorso fotografico regionale con il tema „Spreco energetico“.

Possono partecipare tutti i residenti della Regione Trentino-Alto Adige.

Ogni partecipante può consegnare per posta o a mano, entro le ore 23.00 del 01 marzo 2010, un massimo di 5 fotografie, le quali debbono essere non minori di 20x30 cm e non maggiori di

30x45 cm. Le stampe fotografiche devono essere consegnate al presente indirizzo: Fotoclub Gherdëina – Via Rezia 102 – 39046 Ortisei.

Le fotografie premiate e una selezione delle migliori, verranno esposte in forma di una mostra, presso la sala d'esposizione situata nella Casa per il giovane, arte e cultura in Via Rezia 102 ad Ortisei dal 19 al 28 marzo 2010.

Orario d'apertura: giornalmente dalle ore 10.00-12.00 e dalle 17.00-22.00.

Una giuria, composta da un fotografo, un rappresentante dell'associazione Lia per natura y usanzes e da un rappresentante del Comune di Ortisei, sceglieranno le tre fotografie vincenti, che verranno premiate con 300 €, 200 € e 100 €.

Ulteriori notizie, il bando di concorso e altre notizie inerenti si possono scaricare direttamente dal sito [www.fotoclubgardena.it](http://www.fotoclubgardena.it) oppure scrivendo una mail a [fotoclubgardena@gmail.com](mailto:fotoclubgardena@gmail.com)

Vi invitiamo a partecipare numerosi!

LIA PER LA NATURA Y USANZES  
FOTOCLUB GHERDËINA



# Una serata informativa che lascia tanti dubbi



In qualità di membro della Consulta Ambiente del Comune di Laives, ho assistito alla serata organizzata dal sindaco sulle antenne telefoniche. Nelle premesse l'informazione avrebbe dovuto essere obiettiva e imparziale, a garanzia di ciò erano stati preannunciati esperti consulti dall'Associazione Consumatori.

Purtroppo però, nei fatti, sul palco è mancato il contraddittorio sul danno sanitario, le relazioni, ottime sotto il profilo tecnico e giuridico hanno presentato un solo punto di vista, molto parziale, sui danni alla salute. Si è fatto riferimento esclusivamente alle ricerche scientifiche riconosciute dall'Organizzazione mondiale della sanità ignorando tutti gli studi scientifici e la letteratura "scomoda" e dichiarando che "tutti gli studi sanitari sull'alta frequenza

non hanno dimostrato effetti avversi alla salute" oppure "solo i campi magnetici a bassa frequenza stanno evidenziando problemi in ambito sanitario".

Si è omesso di parlare degli studi fatti a livello internazionale sui danni causati dalle antenne per cellulari, studi che dimostrano danni al sistema nervoso centrale con disturbi al sonno e all'equilibrio, ma anche gravi danni al DNA delle cellule, con rotture sui filamenti causandone la morte o la trasformazione in cellule tumorali.

Si è omesso di citare il **principio di precauzione** – della Dichiarazione di Rio 1992 ratificato dall'Unione Europea: "Quando una attività crea possibilità di

fare male alla salute o all'ambiente, misure precauzionali dovrebbero essere prese, anche se alcune relazioni di causa-effetto non sono stabilite dalla scienza" e la Comunicazione della Commissione COM(2000) 1 Final della Unione Europea (2 febbraio 2000): "Il fatto di invocare o no il principio di precauzione è una decisione esercitata in condizioni in cui le informazioni scientifiche sono insufficienti, non conclusive o incerte e vi sono indicazioni che i possibili effetti sull'ambiente e sulla salute degli esseri umani, degli animali e delle piante possono essere potenzialmente pericolosi e incompatibili con il livello di protezione prescelto".

Applicando questo principio non sarebbe necessario attendere ancora decenni per dimostrare scientificamente i danni alla salute prima di prendere le dovute precauzioni, così come è accaduto per il tabacco e per l'amianto!

Comunque se l'intento dell'amministrazione era quello di tranquillizzare i 300 cittadini preoccupati e che hanno firmato la petizione, i fatti dimostrano il contrario. A fine serata tra il pubblico in sala tanti dubbi sono rimasti e tante sono rimaste le domande senza risposta.

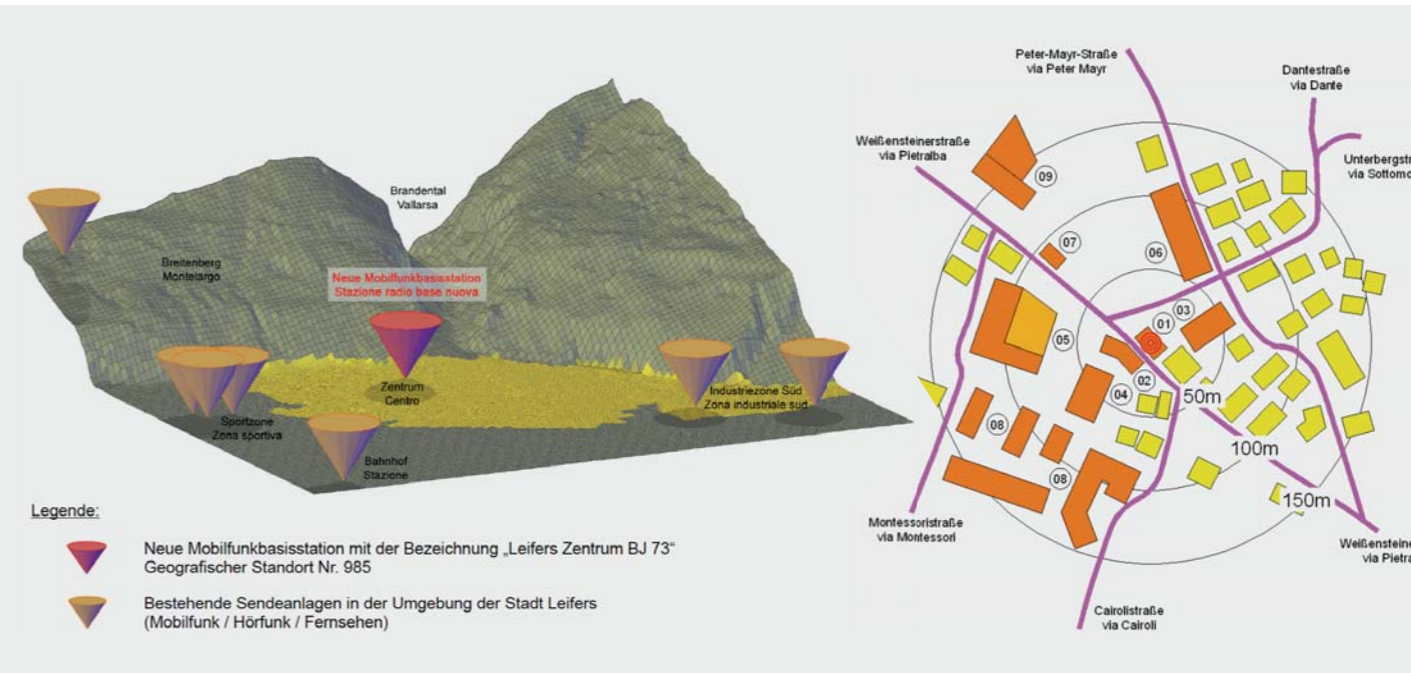
Una cosa è però stata spiegata molto bene, i cittadini non hanno alcuna possibilità giuridica di opporsi alle scelte delle società telefoniche, che possono imporre le loro strategie economico-consumistiche in quanto inquadrate come "servizio pubblico".

Come Consulta Ambiente possiamo consigliare ai cittadini di essere consumatori più consapevoli e di contrastare questo sistema, riducendo allo stretto necessario l'uso del cellulare e di internet wireless, nel rispetto della propria e altrui salute. Le antenne vengono montate perché c'è la domanda di questi servizi.

ALESSANDRO COSÌ  
Membro della Consulta Ambiente  
del Comune di Laives



In unmittelbarer Nähe der Mobilfunkantenne befinden sich sowohl die Grundschule als auch der Kindergarten von Sankt Jakob.



Bereits jetzt ist Leifers von Sendeanlagen „umzingelt“. Die neue Mobilfunkantenne im Zentrum von Leifers bestrahlt in einem Umkreis von 150 m eine ganze Reihe von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Ähnliches.

# Übergabe der Petition „Mobilfunk in Leifers - quo vadis?“



Eines der Gesprächsthemen der letzten Wochen in Leifers war zweifelsohne die Errichtung einer neuen Mobilfunkbasisstation im Ortszentrum. Es handelt sich dabei um die erste Anlage dieser Art, die in der Stadt Leifers inmitten eines Wohngebietes und in unmittelbarer Nähe zu besonders sensiblen Einrichtungen, wie Seniorenheim, Schulzentrum, Kindergarten und -hort errichtet wird.

Es ist verständlich, dass es zu beträchtlichem Unmut in der Bevölkerung gekommen ist und von Seiten der betroffenen Anrainer eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen wurde.

Am 18. November 2009 wurden die Promotoren freundlicherweise vom Bürgermeister und von den Gemeindefrevertenten empfangen. Den Anrainern wurde dabei die Möglichkeit eingeräumt, ausführlich über den eigenen Standpunkt zu berichten und gleichzeitig für das Thema zu sensibilisieren: Herr

Dr. Imbesi von der Verbraucherzentrale Südtirol und ein Baubiologe, die von Seiten der Promotoren als technische Unterstützung hinzugezogen wurden, gaben dabei einen kurzen Einblick in den heutigen Stand der Technik und Forschung. Unter anderem wurde auf das derzeitige Konfliktpotential zwischen den scheinbar übermächtigen wirtschaftlichen Interessen und den kaum beachteten gesundheitlichen Aspekten verwiesen, ebenso wurden die Gemeindefrevertenten über die gewichtigen Hinweise von gesundheitlichen und biologischen Langzeiteffekten sowie über die derzeit unzureichenden gesetzlichen Vorsorgewerte informiert.

Die Gemeindefrevertenten zeigten sich sehr interessiert und versicherten den Anrainern, ein umfassendes Maßnahmenpaket schnüren zu wollen, das unter anderem folgende Eckpunkte vorsehen soll: - Durchführung einer weitreichenden Informations- und Sensibilisierungs-

kampagne für die gesamte Bevölkerung, mit dem Ziel, ein verantwortungsvolleren Umgang mit diesen neuen Technologien zu erreichen; - Gewährleistung einer regelmäßigen Überwachung der festgelegten Grenzwerte sowie Durchführung einer spezifischen Simulation und/oder Studie; - Erlass einer eigenen Regelung für die zukünftige Errichtung von Mobilfunkbasisstationen (nach dem Vorbild der Gemeinden von Bozen und Brixen).

Weiters wurde angedacht, die Einnahmen für die Vermietung des Standortes als Deckung der oben genannten Aufwendungen und Spesen zu verwenden.

Nach reger sachlicher Diskussion überreichten die Anrainer dem Bürgermeister die Petition „Mobilfunk in Leifers - quo vadis?“ samt Unterschriftenlisten. Dr. Polonioli bedankte sich recht herzlich für den Einsatz und das Engagement und verabschiedete die Promo-

toren mit der festen Zusage, dass die Gemeinde Leifers keineswegs die Absicht hätte, den auf zwei Jahre beschränkten Konzessionsvertrag zu verlängern. Nach Auslaufen dieser Vertragsdauer wird die gesamte Anlagentechnik wieder abgebaut.

Die Zukunft wird zeigen, ob und wie sich der Gemeindefrevertenten und Gemeinderat dem Thema „Mobilfunk“ annehmen wird und ob die getroffenen Zusagen tatsächlich eingehalten werden.

Kontakt zur Leiferer Initiative: [fill@dnet.it](mailto:fill@dnet.it)



Übergabe der Petition an Vertreter der Gemeinde Leifers

# Forstbehörde missachtet Umwelt- Informationsrichtlinie

Viele Menschen in unserem Lande setzen sich ehrenamtlich für eine lebenswerte Umwelt ein, sei es als Mitglieder einer Umweltgruppe, als Umweltvertreter in den verschiedenen Gremien oder als engagierte Naturliebhaber einer Initiativgruppe. Dieser selbstlose Einsatz stößt nicht immer auf Verständnis und wird sogar von jenen erschwert, denen der Naturschutz schon beruflich ein wichtiges Anliegen sein müsste.

Wie sich eine ganz normale Anfrage um Aushändigung von Akten bei der Forstbehörde zu einem aufwändigen Hürdenlauf entwickelte, zeigt folgendes Beispiel:

Auf Antrag eines Interessierten hatte die zuständige lokale Forststation die Rodungsgenehmigung mehrerer Erlensstöcke erteilt. Meine erste schriftliche Anfrage um die Aktenaushändigung dazu (Anfang Mai 2009) wurde nicht besonders wohlwollend aufgenommen und man wollte wissen, in welcher Funktion ich diese gestellt hatte. Daraufhin erkundigte ich mich persönlich im Forstamt zum Genehmigungsablauf, wobei mir alle vorhandenen Informationen mündlich mitgeteilt wurden. Mein Wunsch um Aushändigung einiger Kopien von Unterlagen wurde mit dem Hinweis beantwortet, ich müsse dafür schriftlich beim Bezirksforstinspektorat ansuchen. Das darauf folgende Ansuchen wurde laut Auskunft des Rechtsberaters der Abteilung Forstwirtschaft „im Sinne der Diskretion von Verwaltungsakten, im Sinne des Privacy-Gesetzes und im Sinne der Gleichbehandlung aller BürgerInnen“ abgelehnt. Sehr erstaunt über diese Verhaltensweise einer öffentlichen Behörde wandte ich mich an die Volksanwaltschaft. Die Antwort in ihrem Schreiben vom 20. Juli 2009 war sehr klar und rechtlich fundiert:

„Art. 3 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 24.2.1997 Nr. 39 sieht vor, dass alle öffentlichen Körperschaften Informationen über die Umwelt jedem, der

einen Antrag stellt, ohne Nachweis eines Interesses, geben müssen. Artikel 2 der Europäischen Richtlinie 90/313/EWG erklärt, dass als Informationen über die Umwelt alle in Schrift-, Bild-, Ton- oder DV-Form vorliegenden Informationen über den Zustand der Gewässer, der Luft, des Bodens, der Tier- und Pflanzenwelt und der natürlichen Lebensräume sowie über Tätigkeiten (einschließlich solcher, von denen Belästigungen wie beispielsweise Lärm ausgehen) oder Maßnahmen, die diesen Zustand beeinträchtigen oder beeinträchtigen können und über Tätigkeiten oder Maßnahmen zum Schutz dieser Umweltbereiche einschließlich verwaltungstechnischer Maßnahmen und Programme zum Umweltschutz anzusehen sind. Der EuGH (Eu-

„Der erweiterte Zugang der Öffentlichkeit zu umweltbezogenen Informationen und die Verbreitung dieser Informationen tragen dazu bei, das Umweltbewusstsein zu schärfen, einen freien Meinungs austausch und eine wirksamere Teilnahme der Öffentlichkeit an Entscheidungsverfahren in Umweltfragen zu ermöglichen und letztendlich so den Umweltschutz zu verbessern.“

Auszug aus der RICHTLINIE 2003/4/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 28. Januar 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates

ropäischer Gerichtshof) hat sich bereits deutlich positiv zu dieser Transparenzregelung im Umweltbereich geäußert. Die Landesverordnung legt entsprechend fest (Art. 1 Abs. 3 des DLH Nr. 21/94), dass für den Zugang zu den die Umwelt betreffenden Verwaltungsfragen kein Nachweis eines Interesses zu erbringen ist. Vom Aktenzugangsrecht unterschieden werden muss das Informationsrecht der politischen Mandatäre. Deren Kontrollanspruch geht weiter als der bloße Aktenzugangsanspruch von Privatpersonen.“

Zusätzlich bestätigte die Volksanwaltschaft mündlich, dass die Ablehnung meiner Anfrage durch die Forstbehörde nicht gerechtfertigt sei. Ich schickte nun eine weitere Anfrage gemeinsam mit einer Kopie des Schreibens



der Volksanwaltschaft an das zuständige Bezirksforstinspektorat. Anstatt die Rechtsauskunft der Volksanwaltschaft anzuerkennen und mir die Unterlagen direkt zukommen zu lassen, erhielt ich einen bemerkenswerten Telefonanruf des Leiters des Bezirksforstinspektorates. In einem abschließenden Antwortschreiben berief sich dieser auf die inzwischen erfolgte Übermittlung der Unterlagen an den Dachverband für Natur- und Umweltschutz.

Diese persönliche Erfahrung zeigt auf, wie öffentliche Behörden teilweise mit gesetzlichen Regelungen zur Informationspflicht umgehen. Immer wieder werden Datenschutzbestimmungen als Vorwand eingesetzt, um Bürgern das Recht auf Akteneinsicht und Aushändi-

gung von Informationen zu verweigern. Ganz eklatant zeigt sich dieses Verhalten im beschriebenen Fall. Obwohl die Volksanwaltschaft das Recht auf Aushändigung der angeforderten Unterlagen bestätigte, weigerte sich die Forstbehörde diese dem Antragsteller direkt auszuhändigen. Bürger und engagierte Umweltschützer sollten sich vermehrt auf ihre Rechte im Umgang mit öffentlichen Ämtern berufen, während sich die Behörden ihrer diesbezüglichen Pflichten bewusst sein sollten. Erst so können Bürgernähe und Transparenz in die Tat umgesetzt werden.

RUDI MAURER  
Mitglied der  
Gemeindebaukommission Prad

## umweltvinschgau.wordpress.com das Informations- und Diskussionsforum der Umweltschutzgruppe Vinschgau

Bei all ihren Aktivitäten ist der Umweltschutzgruppe Vinschgau die Öffentlichkeitsarbeit stets ein wichtiges Anliegen. Neben grundlegender Information über Natur- und Umweltschutzprobleme im Vinschgau und darüber hinaus arbeitet man an der Schaffung eines Umweltbewusstseins durch Bildungsangebote, Diskussionsveranstaltungen und letztlich auch durch Tagungen.

Seit Anfang des Jahres betreibt die Umweltschutzgruppe Vinschgau nun auch einen eigenen Internetauftritt in Form eines sogenannten Blogs.

Neben fundierten und gut verständlichen Beiträgen zu aktuellen Themen rund um den Natur- und Umweltschutz mit dem Fokus auf den Vinschgau finden sich auf dem Blog auch eine umfangreiche Sammlung von thematisch geordneten und übersichtlich gestalteten

Links zu anderen Internetauftritten in den Bereichen Umwelt, öffentliche Verkehrsmittel, Direkte Demokratie und weiterem Interessanten.

**Einzusehen ist der Blog unter:**  
[umweltvinschgau.wordpress.com](http://umweltvinschgau.wordpress.com)  
**Kontakt zur Umweltschutzgruppe Vinschgau:**  
[umwelt.vinschgau@gmail.com](mailto:umwelt.vinschgau@gmail.com)



Am Sonntag, den 11.10.2009, säuberte eine Mitgliedergruppe der **Naturfreunde Meran** die natürlichen Rastplätze von Lana bis zum Gampenpass. Wir waren regelrecht erschrocken, wie viel Müll wir auf den natürlichen Rastplätzen und in der Umgebung gefunden haben: von Bekleidungsstücken bis Wasserstoffflaschen, DVDs, Plastikplanen sowie volle Müllsäcke war alles mit dabei – schön säuberlich hinter Bäumen und Sträuchern versteckt. Wir fordern die Bevölkerung auf nicht weg zu schauen, wenn sie Menschen sehen, die unsere Natur so verschmutzen, und diese Straftat zu melden.

### IMPRESSUM

**Eigentümer und Herausgeber:** Dachverband für Natur- und Umweltschutz in Südtirol  
I-39100 Bozen, Kornplatz 10  
Tel. +39 0471 973 700, Fax +39 0471 976 755  
info@umwelt.bz.it, Steuernr. 94005310217

**Redaktion:** Andreas Riedl, Griseldis Dietl  
**Verantwortliche Direktorin:** Michaela Falkensteiner  
**Grafische Gestaltung:** Martin Hört  
**Druck:** Karo Druck, Frangart

Das „**Naturschutzblatt**“ erscheint viermal jährlich, **Gericht Bozen, Dekret Nr. 7 vom 23.5.1985. Artikel, die mit dem Autorennamen versehen sind, geben nicht immer die Meinung des Dachverbandes wieder.**



Der Dachverband ist die regionale Vertretung der internationalen Alpenschutzkommission CIPRA

### MITGLIEDSVEREINE

- Alpenverein Südtirol
- Arbeitsgemeinschaft für Vogelkunde und Vogelschutz in Südtirol
- Arche B
- Bund Alternativer Anbauer
- Heimatpflegeverband Südtirol
- Lia per Natura y Usanzas
- Naturtreff Eisvogel
- Plattform Pro Pustertal
- Südtiroler Gesellschaft für Gesundheitsförderung
- Südtiroler HochschülerInnenenschaft
- Touristenverein „Die Naturfreunde“ Meran
- Umweltschutzgruppe Vinschgau
- Verband Südtiroler Berg- und Skiführer
- Verbraucherzentrale Südtirol

[www.umwelt.bz.it](http://www.umwelt.bz.it)

### TERMINE

#### UMWELTGRUPPE KALTERN

Anmeldung und Info +39 0471 963632  
info@umweltgruppe-kaltern.it  
www.umweltgruppe-kaltern.it

- 11.01., 01.02., 01.03.10 von 14.30 bis 17 Uhr „Kinder (ab 7 J.) erfahren Natur - Basteln mit Naturmaterialien“
- 16.01.10 nachmittags „Warme Patschen für kalte Tage - Mit Schafwolle filzen“ mit Rita Amort
- 23.01.10 nachmittags Besuch mit Führung *Sonderausstellung „(R)Evolution“ im Naturmuseum Bozen*
- 25.01.10 um 20 Uhr Diavortrag „Vögel rund ums Haus - Tipps für Nistplätze“ mit Vogelkundler Oskar Niederfriniger im Vereinshaus Kaltern (Saal 3)
- 03.02.10 von 19.30 bis 22 Uhr „Cremen und Salben mit Pflanzenölauszügen“
- 20.02.10 vormittags Kurs „Rosenschnitt im Garten des Franziskanerklosters“ mit Dipl. Ing. Andrea Schulz (Fachschule Laimburg)
- 27.02.10 nachmittags Flechtwerkstatt „Ranke oder Kugel“ mit Christine Messner im Vereinshaus Kaltern (Saal 2)
- 13.03.10 vormittags Kurs „Frühjahrschnitt von Ziersträuchern“ (Hortensien, Forsythien, ...) mit Dipl. Ing. Andrea Schulz (Fachschule Laimburg)
- 22. 03.10 um 20 Uhr Vortrag „Unterschiede zwischen dem biologischen, biodynamischen und integrierten Anbau“ mit Dipl. Ing. Andrea Schulz (Fachschule Laimburg) im Vereinshaus Kaltern (Saal 3)
- 27.03.10 um 14.30 Uhr 1. Treffen im Kräutergarten (Franziskanerkloster) mit Abgabe von Pflanzen und Samen
- 07.04.10 abends Besuch der Sternwarte Gummer mit Vortrag „Der Saturn steht am Himmel“ mit Dr. Elmar Weiss

#### UMWELTSCHUTZGRUPPE TERLAN

Information unter 338 5008924

- Ende März 2010 *Froschkonzert am Abend* in Siebeneich

#### NATURTREFF EISVOGEL

Anmeldung und Info +39 348 242552  
info@eisvogel.it, www.eisvogel.it

- 03.01.10 um 12 Uhr *Rodelausflug* mit Treffpunkt Volksbank St. Georgen
- 08.01.10 um 20 Uhr Reisevortrag „Island“ mit Gerold Untergasser im Jugendtreff St. Georgen
- 17.01.10 um 8 Uhr *Schneeschuhwanderung*
- 06.02.10 um 18 Uhr Vortrag „Die Spuren der Eiszeit“ mit Dr. David Bressan im Seeböckhaus Bruneck
- 06.03.10 um 20 Uhr Diavortrag „Faszination Natur in den vier Jahreszeiten“ mit Matthias Molling im Vereinshaus St. Georgen
- 13.03.10 um 7 Uhr *Skitour Körlspitz* (Gsies)
- 11.04.10 von 8 bis 11 Uhr und 16.04.10 von 17 bis 20 Uhr *Vogelkundliche Wanderung* durch das Naturschutzgebiet „Ahrauen-die Naturjuwelen unseres Landes“





# WERDE MITGLIED

Der Dachverband für Natur- und Umweltschutz setzt sich im Interesse aller für die Erhaltung eines natürlichen Lebensraumes und für eine gesunde Umwelt ein.

Unterstützen Sie diese Anliegen mit Ihrer Mitgliedschaft. Dazu senden Sie bitte die ausgefüllte Beitrittserklärung an den Dachverband und zahlen den Mitgliedsbeitrag wie folgt ein.

### Mitgliedsbeitrag

- 15 Euro für Einzelmitglieder
- ab 26 Euro für fördernde Mitglieder
- Den Mitgliedsbeitrag können Sie einzahlen
  - über die örtliche Umweltgruppe
  - im Büro des Dachverbandes
  - über eine der folgenden Bankverbindungen

### Spenden steuerlich absetzbar

Spenden an den Dachverband für Natur- und Umweltschutz sind von der Einkommenssteuer abziehbar. Die Zahlung muss über die Bank erfolgen. Auf Wunsch stellen wir Ihnen gerne eine Spendenquittung aus.

**Steuernummer des Dachverbandes für Natur- und Umweltschutz in Südtirol: 94005310217**

Seit 17. März 2005 können alle physischen Personen und Unternehmen, die der Körperschaftsteuer unterliegen, in der Steuer-

erklärung die Spenden an die ONLUS (auch alle Volontariatsorganisationen) vom Gesamteinkommen abziehen. Die Spenden sind allerdings im Ausmaß von höchstens 10 Prozent des Gesamteinkommens bzw. bis zu einem Höchstbetrag von 70.000 Euro abzugfähig (als Obergrenze gilt der kleinere der beiden Beträge). Als Alternative können die Privatpersonen und die Unternehmen den Steuerabsetzbetrag von 19% wählen, wobei die Obergrenze der abzugsfähigen Spenden bei 2065,83 € bzw. 2% des Betriebseinkommens liegt (alte Regelung, die weiterhin gültig ist). Der Steuerpflichtige kann bei der Erstellung der Steuererklärung wählen, ob für ihn der Abzug vom Gesamteinkommen oder der Steuerabsetzbetrag von 19% günstiger ist.

Raika Bozen	<b>BIC</b> RZSBIT21003	<b>IBAN</b> IT 84B 08081 11600 000300029092
Sparkasse	<b>BIC</b> CRBZIT2B001	<b>IBAN</b> IT 07T 06045 11601 000000298000
Volksbank	<b>BIC</b> BPAAIT2B050	<b>IBAN</b> IT 38J 05856 11601 050570123272

### Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied des Dachverbandes werden:

- Einzelmitglied (15 Euro)
- Fördermitglied (ab 26 Euro), Betrag: .....

.....  
Vorname Nachname

.....  
Geburtsdatum Beruf

.....  
Straße Hausnummer

.....  
PLZ Ort

.....  
E-Mail

Ich bin bereits Mitglied folgenden Vereins bzw. folgender Umweltgruppe:  
.....

.....  
Datum Unterschrift (unter 16 Jahren Unterschrift der Eltern)

**Datenschutz:** Ich stimme der Verarbeitung meiner Daten durch den Dachverband im Rahmen seiner satzungsmäßigen Tätigkeit zu und nehme zur Kenntnis, dass ich gemäß Legistativdekret Nr. 196/2003 Art. 7 Auskunft über die Verwendung meiner Daten erhalten kann.



An den  
Dachverband für Natur- und Umweltschutz in Südtirol  
Kornplatz 10  
**39100 BOZEN**